

Bezugspreis:

Für den Monat April 1923 M. ...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 17. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Ruhrdebatte im Reichstag.

Rede Rosenbergs. — Hermann Müller fordert klare Vorschläge.

Rosenberg, Müller, Marg und Hoehsch haben gestern über den Ruhrkonflikt gesprochen.

Dieser Beweis ist gerade dadurch geleistet, daß man die Kraft fand, sich über erhebliche Meinungsverschiedenheiten auszusprechen.

Die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners wurden von allen Parteien des Hauses mit achtungsvoller Aufmerksamkeit angehört.

Herr v. Rosenberg und die beiden Redner der bürgerlichen Parteien haben sich auf einen Standpunkt zurückgezogen.

Sie sagen, Deutschland könne kein ziffernmäßiges Angebot machen, weil die durch den Ruhrbruch verursachte Verwirrung der Wirtschaftslage keine genaue Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit gestatte.

Früher hieß es: „Solange die Besetzung dauert, wollen wir nicht verhandeln.“ Jetzt heißt es: „Wir wollen schon verhandeln, aber, solange die Besetzung dauert, können wir nicht abhaken.“

Herr Hoehsch hat wieder die Erinnerungen an den Krieg heraufbeschworen. Wir sind die letzten, die sie scheuen.

Herr Hoehsch hat wieder die Erinnerungen an den Krieg heraufbeschworen. Wir sind die letzten, die sie scheuen.

Man verlangt immer, mit Recht, Gleichberechtigung für Deutschland bei den Verhandlungen.

Wir dürfen nicht warten, bis wir nicht mehr warten können, dann würden die Verhandlungen mit der Kapitulation enden.

Das heißt nicht den Teufel an die Wand malen. Deutschland kann gewiß, wenn es sein muß, noch lange aushalten.

Herr v. Rosenberg hielt gestern seine Jungferrede. Das Außerliche ist nebenbei. Für diplomatische Fähigkeiten sind rhetorische Leistungen nicht entscheidend.

Heute sprechen Stresemann für die Volkspartei, Gothein für die Demokraten und die Redner der kleinen Gruppen.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde zunächst ein Antrag des Abg. v. Groese (Döhl.) wegen der Beschränkung der persönlichen Freiheit von Abgeordneten dem Geschäftsordnungsausschuß übermiesen.

Darauf trat man in die Beratung des Haushaltsplans des Auswärtigen Amtes ein.

Abg. Dr. Hoehsch (Dnat.) berichtet über die Ausnahmeverhandlungen. Das Auswärtige Amt soll nach den Wünschen des Ausschusses eine möglichst sparsam wirtschaftende, gut funktionierende Behörde in der Hand des Außenministers sein.

Reichsminister des Außereren Dr. v. Rosenberg:

Dem Wunsche des Herrn Berichterstatters, daß zwischen diesem hohen Hause und dem Auswärtigen Amt ein Verhältnis rückhaltlosen Vertrauens herrschen möchte, kann ich nur aus ganzem Herzen zustimmen.

Der Ausgang des Weltkrieges, die Lasten, die er uns aufbürdet, und die Fülle schier unlösbarer Probleme, vor die er uns stellt, drückt auf Deutschland mit einem Gewicht, dessen Schwere wir täglich als Staat wie als Einzelmenschen empfinden.

Wer auch immer an dieser Arbeit fortzubauen hat, der wird sich von der Illusion freihalten müssen, als besäßen wir viele Freunde in der Welt.

(Beifall.) Meine Damen und Herren! Der Glaube an Deutschland und an das deutsche Volk, der tief und unzertrennbar in unser aller Herzen wurzelt, er ist es, der uns die Kraft gab, waffenlos dem französischen Einbruch in das Ruhrgebiet entgegenzutreten.

Der Außenminister schildert den Kampf an der Ruhr und fährt dann fort:

Der Ausgang des ungleichen Kampfes im Ruhrgebiet und im Rheinland wird von weltgeschichtlicher Tragweite sein.

Belänge es Frankreich, was nicht der Fall sein wird, die massenreiche Bevölkerung auf die Knie zu zwingen, so wäre der Militarismus für alle Zeiten Trumpf, und für den Gang der Weltpolitik wäre künftig nur noch die Zahl der Bajonette entscheidend.

Am Rhein und an der Ruhr wird nicht um Holz und Kohle, sondern um Fortschritt oder Rückgang des Rechts- und Friedensgedankens gerungen.

Der Vertrag von Versailles verfolgt wenn anders wir der feierlichen Verkündung seiner Eingangsworte glauben dürfen, das hehre Ziel, an die Stelle des Krieges einen festen, gerechten und dauerhaften Frieden treten zu lassen.

Wir sind auch unsere Abwehrmaßnahmen rein defensiv. Kraft und Erfolg unserer Abwehr hängt davon ab, daß es so bleibt.

Was wir wollen, ist, durch Ständhaftigkeit zur Freiheit gelangen, zu einer Freiheit, die schwer belastet sein wird mit Leistungen, die bis an die Grenze unserer Kraft gehen.

Daß kein Diktat den Glauben an die Erfüllbarkeit erlösen kann, hat die Bergangenheit zum Schaben aller Beteiligten gelehrt.

Daß kein Diktat den Glauben an die Erfüllbarkeit erlösen kann, hat die Bergangenheit zum Schaben aller Beteiligten gelehrt.

Daß kein Diktat den Glauben an die Erfüllbarkeit erlösen kann, hat die Bergangenheit zum Schaben aller Beteiligten gelehrt.

Daß kein Diktat den Glauben an die Erfüllbarkeit erlösen kann, hat die Bergangenheit zum Schaben aller Beteiligten gelehrt.

Welche Erfahrungen wir damit in den letzten fünf Monaten gemacht haben, darf ich dem hohen Hause kurz ins Gedächtnis zurückerufen.

Der Außenminister geht auf die auswärtige Politik der Reichsregierung zurück seit Übernahme der Geschäfte ein und fährt dann fort: So, meine Damen und Herren, sieht der böse Wille Deutschlands und der gute Wille Frankreichs aus! (Lebhafte Lachen, Heiterkeit.) Ohne Zutun der Reichsregierung sind inzwischen auch die Zahlen bekannt geworden, die wir damals in Paris anbieten wollten. Es handelte sich um ein festes Angebot von 20 Milliarden Goldmark, zu 5 Proz. verzinslich und nach Möglichkeit im Wege einer internationalen Anleihe anzubringen, und diese 20 Milliarden sollten sich nach 4 und 8 Jahren um je 5 Milliarden auf zusammen 30 Milliarden erhöhen, wenn das internationale Anleihekonförium die Leistungsfähigkeit Deutschlands als gegeben erachtete. Aus der Anleihe, die dem heimgegangenen Vorschlag Dr. Mayer am 3. Januar telegraphisch übermittelt wurde, und die er oder Staatssekretär Bergmann schriftlich ausführen sollte, falls unser Vertreter zwar nicht zum mündlichen Gehör zugelassen, aber zur schriftlichen Vorlegung des Plans aufgefordert wurde, darf ich hier einige Sätze verlesen:

Die deutsche Regierung wird dem Anleihekonförium für die Anleihen jede vernünftige Sicherheit einräumen. Die Bestimmung der Sicherheiten im einzelnen bleibt den Verhandlungen mit dem Anleihekonförium vorbehalten. Alle wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands, darunter Industrie und Bankwelt, sind trotz der Besorgnis, ob das Angebot die Grenze der Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht schon überschreitet, entschlossen, die Regierung bei seiner Durchführung zu unterstützen. Insbesondere sind sie zur Mitwirkung an den Verhandlungen über die Sicherheiten und den Verhandlungen wegen der zu übernehmenden Garantien bereit. Die Reichsregierung wird diejenigen gesetzlichen und Verwaltungsmassnahmen veranlassen, die zur Heranziehung aller schaffenden Kräfte und Erwerbsstände des Volkes notwendig sind.

Um die in der deutschen Wirtschaft liegenden Bürgschaften effektiv zu gestalten, wird die deutsche Wirtschaft noch mehr als bisher auf das Ziel der freien Bewegung der Kräfte und auf die Erreichung des höchsten Leistungsgrades eingestellt werden. Ferner wird nichts verabsäumt werden, was geeignet ist,

der Markt wieder einen festen Wert

zu versehen, und dadurch der deutschen Wirtschaft den sicheren Boden, dem Reichshaushalt die Stetigkeit wiederzugeben. Die Wirksamkeit aller solchen inneren Reformen und der Erfolg auch der ernstesten Anstrengungen hängt jedoch davon ab, daß Deutschland von den jetzt auf ihm lastenden unproduktiven Ausgaben und von seinen wirtschaftlichen und politischen Fesseln befreit wird. Für die praktische Durchführung des Angebots ist es daher notwendig, daß von der im Vertrag von Versailles vorgesehenen Möglichkeit, Deutschland die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu verweigern, künftig kein Gebrauch mehr gemacht, und daß nach erfolgter Stabilisierung der Markt die Einfuhr deutscher Waren von den Beschränkungen befreit wird, die durch den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt waren. Ferner ist Voraussetzung des deutschen Angebots, daß die Befreiung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort aufgehoben und

die Befreiung der Rheingebiete baldigst abgebaut wird.

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, so schließt die Instruktion, mit ihren Vorschlägen bis an die äußerste Grenze dessen gegangen zu sein, was sich mit der Leistungsfähigkeit Deutschlands und ihrer eigenen Verantwortlichkeit im Einklang bringen läßt. Sie ist bereit, vor der Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten oder einer anderen geeigneten Instanz ihre Vorschläge zu begründen, sich zu anderen Vorschlägen zu äußern und alles Material für die objektive Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit zur Verfügung zu stellen. Nur durch eine objektive Erforschung der deutschen Leistungsfähigkeit ist, wie die bisherige Entwicklung der Reparationsfrage zeigt, der Erfolg vorzubeugen, daß Entschließungen zustande kommen, die sich schon in Kürze als untragbar und unausführbar erweisen müßten.

Meine Damen und Herren! Das für Paris geplante Angebot von 20 + 5 + 5 = 30 Milliarden Goldmark war das, was wir im besten Falle und bei äußerster Kraftanstrengung

damals noch übernehmen zu können glaubten. Inzwischen hat der Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet und in andere Gebiete Deutschlands katastrophal die wirtschaftlichen Kraftzentren der deutschen Wirtschaft und dadurch lahmgelegt, große Werte sind vernichtet, und unsere gesamten Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse sind in Verwirrung gebracht worden. (Sehr richtig!) Unsere Verkehrseinrichtungen sind in eine so heillose Unordnung geraten, daß zur Wiederherstellung ihrer vollen wirtschaftlichen Ausnutzung eine lange und mühsame Arbeit erforderlich sein wird. (Zustimmung.) Deutschlands Fähigkeit zur Zahlung von Reparationen ist durch diese Eingriffe nicht vergrößert, sondern verringert worden. (Sehr wahr!) Dennoch glaube ich, daß die Lösung, die eines Tages gefunden werden muß und gefunden werden wird, von dem damals in Paris so stiefmütterlich behandelten deutschen Projekt ihren Ausgang nehmen wird. (Sehr richtig!)

Deutschland ist bereit und gewillt, zur Erfüllung seiner Reparationspflicht zu arbeiten, zu opfern und zu zahlen, was immer in seiner Kraft steht. Dies ist der Inhalt, aber auch die Grenze seiner Verpfändung. (Sehr richtig!)

Sie wird erfüllt werden. Die Frage, um die der Streit geht, ist eine Leistungs- und Leistungsfähigkeitsfrage, die Deutschland leisten kann. Wer will heute, solange der französische Vernichtungskrieg gegen die deutsche Wirtschaft nicht zum Stillstand gekommen ist, das Wagnis übernehmen, zahlenmäßig die Leistungsfähigkeit Deutschlands festzulegen oder auch nur abzuschätzen? (Sehr richtig!) Wer vermag sich heute ein Bild davon zu machen, welches wirtschaftliche Trümmerfeld Deutschland darbieten wird, und welcher Rest von Wirtschaftskraft uns noch verbleiben sein wird, wenn das französische Abenteuer eines Tages seinen Abschluß gefunden hat? Wie sollen von der Stelle, die die letzte Verantwortung trägt und die unter allen Umständen das halten will, was sie verspricht (Sehr richtig!), Zahlen genannt werden, bevor wir wissen, wann und in welcher Form die elementarste Voraussetzung für eine deutsche Höchstleistung, nämlich die Wiederherstellung der deutschen Arbeitsmöglichkeit durch Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete, Abbau der Befreiung der Rheinlande, endgültiger Verzicht auf jede Sanktion und Pfändepolitik und Gewährung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, erfüllt wird? (Sehr richtig!) Wenn aber konkrete Zahlen jetzt nicht genannt werden können, so will und kann sich die Reichsregierung bei diesem negativen Ergebnis nicht beruhigen. Sie hat daher nach anderen Wegen gesucht, um der täglich sich verschärfenden Spannung und wirtschaftlichen Verwirrung, unter der Europa leidet, ein Ende zu bereiten und die Reparationsfrage aus dem Sumpfe herauszuheben, in dem sie selbst und mit ihr Europa zu erlösen droht, um alle Kräfte für den Wiederaufbau frei zu machen, an dem Deutschland mitzuarbeiten wünscht.

Ende Dezember hat ein bekannter Staatsmann Ausführungen zum Reparationsproblem gemacht, die zum Teil heute gerade prophetisch anmuten. Diese Ausführungen, die dem hohen Hause bekannt sind, lauten darauf hinaus,

die Lösung des Problems einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission höchster Finanzautoritäten zu übertragen.

Wir haben im Laufe unserer diplomatischen Konversationen die wichtigsten, an Europas Schicksal interessierten, aber nicht unmittelbar am Ruhrkonflikt beteiligten Mächte, ohne Anträge zu stellen, davon in Kenntnis gesetzt, daß die Reichsregierung den so gemessenen Weg für gangbar hält. Und daß nach ihrer Überzeugung das Heil nicht nur der nächstbeteiligten Mächte, sondern eines großen Teils der Welt davon abhängt, daß dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten wird. Nach Ansicht der Regierung sollte die Internationale Kommission von Geschäftsmännern oder ein ähnliches sach-

verständiges und unparteiisches Gremium, an dem Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, möglichst bald zusammentreten und folgende Fragen beantworten:

1. Was hat Deutschland bisher geleistet?
2. Was kann und soll Deutschland gerechterweise noch leisten?
3. Auf welche Weise können diese Leistungen bewerkstelligt werden?

Wird dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre die Reichsregierung bereit, an dem internationalen Kapitalmarkt wegen Bewilligung einer möglichst großen Anleihe heranzutreten, die von Deutschland mit jeder von dem Anleihekonförium als nötig bezeichneten Sicherheit auszustatten und

an Frankreich oder die Alliierten als sofortigerbarer Vorschlag zu behändigen sein würde. Die Regierung ist überzeugt, und würde erforderlichenfalls durch geeignete Maßnahmen, auch auf gesetzlichem Wege, dafür sorgen, daß die deutschen Industrie- und Wirtschaftskreise ihre Kraft in den Dienst der so auf das Erfüllbare zurückgeführten deutschen Reparationspflicht stellen. Die nach Herausgabe des amerikanischen Vorschlages eingetretenen politischen Verschiebungen haben wir nicht unberücksichtigt lassen können. Wir haben darum bei unserer Mitteilung an die fremden Regierungen unter Hinweis auf die Weiden der Bevölkerung im besetzten Gebiet auf die Gefahr eines Ausbruchs der Volksleidenschaften, auf die technische Behinderung jeder Abwicklung unserer Leistungsfähigkeit und auf die Unmöglichkeit einseitiger Niederlegung unserer einzigen Waffe des passiven Widerstands die Frage aufgeworfen, wie Deutschland Sicherheit dafür verschafft werden kann, daß die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete peräunt und vertragsmäßige Zustände im Rheinland wieder hergestellt werden. (Sehr richtig!)

Zu praktischen Ergebnissen hat unsere Mitteilung an die fremden Regierungen nicht geführt. (Hört! Hört!)

Daß aber der Gedanke vorher mit den Wirtschaftskreisen weiter wirkt, beweist die auf amerikanische Anregung gefasste Resolution des zweiten Kongresses der Internationalen Handelskammer, die kurz vor Ostern in Rom getagt hat. Diese Resolution enthält Gedankenansätze, die sich mit dem von uns angenommenen amerikanischen Vorschlag in vielen Punkten berühren und denen wir durchaus zustimmen können. Ist es ein Nachteil oder ein Vorteil des von Amerika gewiesenen Weges, daß er die Zahl nicht an den Anfang, sondern an das Ende der Tatbestandsprüfung setzen will? Das Reparationsproblem stellt eine so enge Verbindung politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Teilprobleme dar, daß ihm

mit der mechanischen Ausstellung einer Zahl überhaupt nicht beizukommen

ist. (Sehr richtig!) Was ich vorher im anderen Zusammenhang von dem Schicksal deutscher Angebote im allgemeinen sagen durfte, gilt insbesondere auch für die Zahlen, die nach Abschluß des Krieges zur Befriedigung unserer Gegner deutschseits genannt worden sind. Sie waren stets auf Wirklichkeiten aufgebaut und sachlich begründet. Sie wurden stets entrüstet zurückgewiesen, mit dem Erfolge, daß die Gegenseite nicht nur die von ihr erträumten Summen nicht erhielt, sondern auch die von Deutschland angebotenen Zahlungen unumöglich machte. (Sehr richtig!)

Im Sommer 1919

in Paris, als wir noch im Besitz einer im wesentlichen gesunden Wirtschaft und Währung waren, als Oberschlesien, die deutschen Kolonien, die Handelsflotte, die deutschen Auslandsguthaben uns noch gehörten, boten wir 100 Milliarden Goldmark an. Der französische Finanzminister aber erhob damals Anspruch auf 375 Milliarden Goldmark (Heiterkeit).

2 Jahre später

in London, als die Erkenntnis auf der Gegenseite so weit vorgeschritten war, daß man sich unserem Pariser Angebot von 100 Milliarden Goldmark näherte, allerdings immer noch 132 Milliarden Goldmark forderte, war die deutsche Wirtschaft schon so geschwächt, daß Deutschland mit gutem Gewissen nur noch 50 Milliarden bieten konnte.

Im Januar d. J. in Paris,

also wieder 2 Jahre später, war man soweit, die von uns in London angebotenen 50 Milliarden zur Grundlage der Erörterung zu machen. Aber die Zeit und die Entwicklung waren über unser Londoner Angebot hinweggegangen, und was 1921 in London möglich war, konnte 1923 in Paris nicht mehr zugrundegelegt werden. (Zuruf: Oberstufen!) Die geringe ein Anzeichen dafür vor, daß Paris aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat? Deutschlands Wirtschaftskraft bewegt sich, solange die jetzigen Verhältnisse in Europa andauern, unrettbar und unentrinnbar auf der absteigenden Linie. Das deutsche Volksermögen war durch den fast vierzehnjährigen Weltkrieg zwar stark geschwächt, aber nicht vernichtet worden. Bei vernünftiger und gerechter Behandlung Deutschlands nach Abschluß des Weltkrieges wären aus dem verringerten Volksermögen noch immer sehr erhebliche Zahlungen für den Wiederaufbau möglich gewesen. Statt dessen begann die Tortur der Nachkriegszeit, und

die weiteren 4½ Jahre, die seitdem vergangen sind, haben an Deutschlands Volkserhalt Verwüstungen angerichtet, die sich in der Zukunft vielleicht verhängnisvoller auswirken werden als die Zerstörungen in Nordfrankreich. (Sehr wahr!)

Denn die durch den Krieg angerichteten mechanischen Zerstörungen sind leichter zu beseitigen als die, die ich möchte sagen, chemische Zersetzung, die ein ausgeglichenes System von Drangablenkung im lebenden Körper der deutschen Volkswirtschaft angerichtet hat. (Lebhafte Zustimmung.) In einer schwer verständlichen Verquickung heterogener Dinge, die nur aus dem Wunsche einer gründlichen und raschen Ausnutzung rechtswidrig angelegener Druckmittel zu erklären ist, beginnt Frankreich neuerdings wieder das Problem seiner gegen die deutsche Wirtschaft bedrohten Sicherheit in die Debatte zu werfen. (Sehr wahr!) Es muß befremden, wenn zu einer Zeit, wo Frankreich mit großem militärischen Aufwand mitten im deutschen Gebiet steht, die Frage zur Erörterung gestellt wird, wie Frankreich gegen deutsche Angriffsabsichten gesichert werden kann. (Sehr gut!) Diese Umkehrung der Logik scheint in der Welt ebenso wenig empfunden zu werden wie der merkwürdige Widerspruch, der in dem hin und wieder auftauchenden Verlaufe liegt, das Ruhrunternehmen, das doch nur französische Reparationsansprüche verwirklichen sollte, jetzt mit der Furcht Frankreichs vor deutschen Angriffen plausibel zu machen. (Sehr wahr!)

Anstatt von der Sicherung Frankreichs zu sprechen, läge es näher, zu untersuchen, wie sich die Wiederverkehr ähnlicher Affektate auf die Souveränität des Deutschen Reiches verhindern läßt (lebhaft Zustimmung) und welche Garantien zu geben Frankreich bereit ist, um im Interesse der Befriedung Europas eine ruhige Entwicklung der deutschen Verhältnisse zu gewährleisten.

(Sehr richtig!) Sollten wir es hier mit jenem „Programm der Panik“ zu tun haben, das in den Memoiren und Dokumenten des Präsidenten Wilson bei der Darstellung der interalliierten Vorbesprechungen zum Vertrage von Versailles mit unnahezuwählendem Sarkasmus gezeichnet wird?

Wäre, die sich mit der Errichtung eines selbständigen rheinischen Bundesstaats oder der Übertragung von Verwaltungsbefugnissen auf internationale Organisationen beschäftigen, gehen noch über den Vertrag von Versailles hinaus und sind für uns undenkbar.

(Lebhafte Zustimmung.) Diese Wäre, die für die angeblich erstrebte militärische Sicherung Frankreichs wertlos und für jedes deutsche Empfinden unträglich sind, haben nur dann einen Sinn, wenn Frankreich die Herauslösung der Rheinlande aus Frankreich als erste Etappe einer Entwicklung ansieht, an deren Ende die Trennung der Rheinlande vom Reich und die Errichtung eines autonomen Rheinstaates stehen soll. (Lebhafte Sehr

richtig!) Zu einer solchen Entwicklung die Hand zu bieten oder auch nur Voraussetzungen zu schaffen, die dazu führen könnten, ist keine Regierung in Deutschland bereit. (Lebhafte Zustimmung.) Die Rheinlande und die Rheinländer sind und bleiben deutsch. (Lebhafte Beifall.)

Was wir tun können, um vorgefaßte oder wirklich vorhandene Befürchtungen zu zerstreuen, das liegt auf dem Gebiete des Burgfriedens der am Rhein interessierten Staaten, den wir im Dezember vorigen Jahres vorgeschlagen haben und den Herr Poincaré zurückwies. Unser Vorschlag war nicht stark und unabschätzlich, sondern Modifikationen zugänglich hinsichtlich des Viebzugs, der Person der Garantien und der Geltungsdauer.

Sollte wieder einmal die Welt im Begriffe stehen, sich durch ein Schlagwort des Streikens und in Waffen fassenden Frankreichs zu Ruh und Frommen französischer Machtmächtigkeiten zu lassen? Und dieses Schlagwort wird zur selben Zeit in Umlauf gesetzt, wo Frankreich einen schweren Rechtsbruch gutzumachen hat. Es ist verblüffend, daß in einem Augenblick, da die stärkste Militärmacht der Welt an vielen Stellen in deutsches Gebiet eingebracht ist, nicht etwa der Ueberfallene nach Schutz gegen den Einbrecher, sondern der Einbrecher nach Schutz gegen den Ueberfallenen ruft. (Sehr gut!) Und noch verblüffender wirkt es, daß er dafür Verständnis findet, während die Forderung des Ueberfallenen nach Räumung des Einbruchgebietes als Zeichen moralischer Verstocktheit der Kritik begegnet. (Heiterkeit.) Unbeirrt durch diese Kritik wiederhole ich, daß eine Lösung, die das Ruhrgebiet und die anderen vertragswidrig besetzten Gebiete im Stich läßt, die sich mit der Entschöpfung der Rheinlande abfindet, die die Rückkehr unserer verbannten oder ausgewiesenen Volksgenossen zur Freiheit und zur Heimat, ihre Schadloshaltung nicht sicherstellt, daß eine solche Lösung für die Reichsregierung unannehmbar ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte hier ausdrücklich und in aller Form erklären, daß seit jenem 22. November, wo mir der Herr Reichskanzler die Ehre erwies, mich um meine Mitarbeit zu ersuchen, bis zum heutigen Tage nie und in keiner Frage auch nur der Schatten einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Leiter der Gesamtpolitik und dem Minister des Auswärtigen bestanden hat. (Beifall.)

Ebenso unannehmbar ist für die Regierung das in Brüssel beschlossene, in Paris betätigte und in Dänischen erneut veränderte System etappenweiser Räumung, das die Bevölkerung des Einbruchgebietes einer angeblich nur zeitweiligen, in der Praxis dauernden Lohnsklaverei für Frankreich ausliefern würde.

Der Außenminister polemisiert sehr eingehend gegen die Ausführungen Poincarés und fährt fort:

Und so ist auch diese letzte Rede des Herrn Poincaré eine Predigt der Gewalt. Sie hat dem Verständigungsgedanken einen schlechten Dienst erwiesen. Aber die Gemächtheit, die die Geschichte über ihn und sein Evangelium hinwegschreiten wird, gibt mir den Mut, losgelöst von allem technischen Detail der Tagesprobleme und unbekümmert um die Schlägen von Dänischen, folgenden zu sagen: Ein Verhängnis ist es, daß seit Jahrhunderten Frankreich und Deutschland nie zu einem echten Frieden gelangen konnten. Im Wechsel der geschichtlichen Geschehnisse und der Kämpfe, die auch uns so viele Wunden geschlagen haben, gewannen bald das eine, bald das andere Volk den Vorprung. Es mag sein, daß es für denjenigen, den die Welle des Schicksals gerade nach oben getragen hat, schwerer ist, als für denjenigen Teil, der unterlag. Wohl, Besonnenheit und Vernunft wollen zu lassen. Daß es möglich ist, solche Selbstherrscherei zu üben, zeigt das Beispiel Bismarcks, der nach 1871 mit bewunderungswürdiger Weisheit auf Schonung des unterliegenden Gegners bedacht und nie im Wege, oft sogar behilflich war, als Frankreich nach neuen Entwicklungsmöglichkeiten suchte. (Sehr wahr!) Vielleicht ist es auch für das französische Temperament schwieriger als für die kühnere deutsche Wesensart, sich in der Ausnutzung der einmal gewonnenen Ueberlegenheit zu beschränken. Aber Rangel an Wohl war noch immer kurzfristige Politik, und das richtig verstandene Interesse weist auch den Sieger auf den Weg der Verständigung hin.

Die Völker Deutschlands und Frankreichs haben nur eine Wahl:

Entweder miteinander zu leben, oder miteinander unterzugehen.

(Sehr wahr!) Wenn Frankreich sich dazu entschließt, Deutschlands Recht auf Freiheit und Existenz anzuerkennen, sein Gebiet und seine Hoheitsrechte zu achten und auf Demütigungen seines Nachbarn ebenso zu verzichten, wie dieser Nachbar nicht davon denkt, Frankreichs Ehrgefühl zu verletzen, so wäre das Eis gebrochen. Dann könnte sich der Traum guter Europäer erfüllen, die sich von der wirtschaftlichen Kooperation der beiden Völker einen neuen Aufschwung Europas erhoffen. Solange aber Frankreich die Kraft zu diesem Entschluß nicht findet, gibt es für uns nur ein: Weiter die Zähne aufeinander zu beißen, zusammenzustehen und im Vertrauen auf unser Recht, gestützt auf die stillen Kräfte unserer Völker, auf seinen Willen zum Leben und seine Liebe zum Land im Widerstand auszuharren. (Lebhafte Zustimmung.) Die Reichsregierung wird sich nicht dazu hergeben, zur Befestigung gegenwärtiger Schwierigkeiten die Zukunft zu opfern. (Beifall.) Die Erkenntnis aber, daß es sich im Rheinland und an der Ruhr um unsere Zukunft handelt, um das Glück unserer Kinder und Kindeskinder, diese Erkenntnis ist es, die uns, der heute lebenden Generation, die Pflicht auferlegt und die Kraft gibt, die Probe zu bestehen. (Lebhafte anhaltender Beifall, Handclatschen auf den Tribünen.)

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Der Herr Minister hat die letzte Rede Poincarés mit Ruhe und Besonnenheit betrachtet, wofür wir ihm dankbar sein können. Der französische Ministerpräsident hat mit all dem Requisite geordnet, die uns aus der Kriegszeit her bekannt sind: Durchhalten, durchhalten bis ans Ende, um Gottes willen keine Schwäche zeigen! Damals war die Folge, daß nicht nur die Besetzten, sondern auch die Sieger am Ende des Krieges bankrott gewesen sind. Aufgabe der Politik muß es daher sein, bei der Liquidation des Ruhrunternehmens darauf zu sorgen, daß denen, die bankrott geworden sind, die Wiederaufbau in der Zukunft ermöglicht wird. Ehe nicht der Einbruch in das Ruhrgebiet liquidiert wird, wird es eine Befriedung Europas nicht geben. Die ganze Welt, insbesondere das Wirtschaftsleben, wird auf das stärkste von den Folgewirkungen dieses Einbruchs beeinflusst. Trotzdem sehen wir, daß die mitteilenden Völker bisher nur wenig Anstrengungen gemacht haben, Europa aus dieser furchtbaren Situation herauszuheben. Der Völkerverbund ist bisher nicht eingespannt worden. Praktisch hätte das auch keinen Zweck gehabt, denn die französische und die belgische Regierung haben bisher stets erklärt, daß sie auch eine Vermittlung des Völkerverbundes nicht anzunehmen gewillt seien. (Sehr richtig!) Das ist um des Völkerverbundes willen zu bedauern, denn solange der Schöpfer des Völkerverbundes, der doch der Völkerverbund sein soll, sich solchen Einbrüchen gegenüber neutral verhält, kann der Völkerverbund ein Aussehen nicht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen uns damit abfinden, daß es ansehend nicht zu viel Freunde Deutschlands in der Welt gibt. Wenn es anders wäre, dann wäre vier Jahre nach Abschluß des Krieges der Einbruch in das Ruhrgebiet ebenfalls möglich gewesen als die Rede des französischen Ministerpräsidenten in Dänischen. Wenn also auch von neutraler Seite nichts zu erwarten ist, so legt uns das die Pflicht auf zu prüfen, ob nicht

von deutscher Seite selbst eine Politik gesteigerter Aktivität zu entfalten wäre. Wir dürfen hier nicht auf ein Wunder warten, das wäre keine Politik. (Sehr wahr! links.) Ein großes Aktium ist es, daß sich der deutsche Widerstand ganz auf die passive Resistenz eingestellt hat. Das hat uns wirklich Sympathien in der Welt eingebracht. Wähten nicht alle Rechtsfreunde und Anhänger des Völkerverbundes wünschen, daß dieser wehrlose Widerstand gegenüber dem gewalttätigen Einbruch ins Ruhrgebiet und die übrigen Gebiete Deutschlands zum Ziele führt? (Sehr richtig!) Dieser wehrlose Widerstand war möglich, weil die Bevölkerung, die ihn leistet, festsetzt von ihrem Recht überzeugt ist und weil auf der anderen Seite, wenn es zu einer Kapitulation käme, die Kapitulation die polie

fische Zerrüttung Deutschlands zum Ziele und die wirtschaftliche Zerrüttung Deutschlands zur unbedingten Folge hätte. (Allseitiges Sehr richtig!)

Herr Poincaré mag sich nicht täuschen: Wenn dieser bewundernswerte Mut der Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr noch weiter gezeigt werden muß, so wird er gezeigt werden! (Bravo!)

Aber die Bevölkerung, die so Großes geleistet hat, besitzt das Recht zu verlangen, daß der Weg dieses Leidens in dem Maße abgekürzt wird, soweit wir aus eigener Kraft dazu in der Lage sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Welche Mittel gibt es, um den französischen Militarismus wieder aus dem Ruhrgebiet heraus zu manövrieren? Als völlig untauglich kommt dabei der aktive Widerstand in Betracht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er ist in der Lage der Deutschen faktisch unmöglich. Auch noch englischer Auffassung ist die passive Resistenz Deutschlands der beste Beweis dafür, daß seine Entlassung in der Hauptfrage durchgeführt ist. Herr Poincaré behauptet das Gegenteil, weil er es für seine Zwecke braucht. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, wie ungeheuerlich es ist, daß es angelächelt solcher Strömungen in Frankreich gestern wieder vorkommen konnte, daß in München 6000 Mann Hitler-Gardisten Feldübungen abhalten konnten. Das ist geradezu Lieferung von Beweismaterial für die französischen Gewaltthäter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie lange will die bayerische Regierung diesen verbrecherischen Unfug noch dulden?

Will sie nicht, wenn sie nicht den Mut aufbringen kann, dagegen einzuschreiten, lieber abdanken, als Deutschland fortwährend dem Gefahren auszuliefern, wie das täglich in München geschieht? In Norddeutschland ist dafür gesorgt, daß die Bäume dieser Leute nicht in den Himmel wachsen. Die Ruhrbevölkerung hat jede Gelegenheit benutzt, um zu zeigen, daß sie mit solchen nationalistischen Treibern nichts zu tun haben will. Sie fordert von der Regierung energische Maßnahmen, damit der Erfolg ihres Kampfes nicht durch rassistischen Pöbel gefährdet wird. Der passive Widerstand steht, das stellen wir ausdrücklich fest, auch heute noch auf seiner Höhe, und weil das der Fall ist, können wir getrosten Mutes unsere Lage überprüfen. Wirtschaftlich und finanzpolitisch waren wir auf dem Wege der Gesundung. Unsere Eisenbahnen waren im Begriff, von der Defizitwirtschaft erlöst zu werden. Jetzt haben wir durch den Einkauf von Kohle aus hochproduktiven Ländern noch auf lange Zeit hinaus wieder ein Defizit, das den Haushalt der Eisenbahn völlig aus dem Gleichgewicht bringen müßte. In unserer Finanzverwaltung sind wir zur Billionenrechnung übergegangen, in der letzten Märzdekade sind allein 0,8 Billionen neue Noten herausgegeben worden. Unsere Industrie leidet in steigendem Maße, der Export sinkt, die innere Kaufkraft der Massen ist gelähmt, die Folge ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit, was wiederum die tatsächliche Ausgabe ungeheurer Summen für unproduktive Zwecke zur Folge hat.

Unsere Kämpfer sollen sich klar darüber sein, daß aus einer völlig zerrütteten Wirtschaft auch der militärisch mächtigste Gegner keine Refortbewilligungen herausholen kann. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Gegenüber dem „Tempo“ stellen wir fest, daß wir den Wirtschaftskampf an der Ruhr nicht bis zum Verbrauch der letzten finanziellen Reserven führen wollen. Wenn auch die französische Regierung das nicht will, so müßte der Weg zur Lösung der Krise gefunden werden. Dieses Problem läßt sich nicht mit den billigen Wägen abtun, die Herr Poincaré gestern gebraucht hat, indem er darauf hinwies, daß wir in der Tat keine Kohlen hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Poincaré über diese wirtschaftlichen Tatsachen hinwegsieht, so muß immer wieder der Verdacht aufkommen, daß hinter der französischen Politik machtpolitische Ziele sich verbergen, die zunächst nicht genannt werden, von denen man aber glaubt, daß sie sich schließlich eher durchsetzen werden, wenn Deutschlands Finanzen und Wirtschaft völlig zerrüttet sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Ziele der französischen Politik werden sich in dem Augenblick zeigen, in dem wir zu Verhandlungen kommen. Wir wünschen auch aus diesem Grunde den Tag der Verhandlungen heran, in denen über alle diese über den Dauerfrieden Europas entscheidenden Fragen Klarheit geschaffen wird.

Um an dieses Ziel zu gelangen, fordern wir eine Politik, die den Weg zu Verhandlungen erleichtert.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Gruppe ist schon öfter gefordert worden, daß erst nach der Räumung des Ruhrgebietes verhandelt wird. Die Regierung hat sich niemals in diesem Sinne festgelegt, und die Massen im Ruhrgebiet, die den Kampf führen, haben solche Forderungen niemals erhoben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es darf kein Zweifel darüber sein — das sagen auch wir —, daß jede Verhandlung das nächste Ziel haben muß, daß die Räumung des Ruhrgebietes in kürzester Frist erfolgt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie kommen wir zu solchen Verhandlungen? Das ist die Schlüsselfrage für die Ruhe Europas. Immer wieder löst man in der Welt auf das Verlangen, Deutschland möge ein präzises Angebot machen. Der Herr Minister hat uns Mitteilungen gemacht über das beabsichtigte Angebot für die Pariser Konferenz und darauf hingewiesen, daß infolge der Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaftskraft durch den Abbruch dieses Angebot heute einer Nachprüfung unterzogen werden müßte. Aus demselben Grunde hat der Minister seit längerer Zeit seine Kritik auf den Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes einstellt. Es ist natürlich leicht möglich, das ursprüngliche Bergmannsche Angebot mit einer (starken) Nachprüfung durch ein Finanzkonkordat in Verbindung zu bringen, eben so wie z. B. ein präzises Angebot, das wir machten, mit diesem Hughes'schen Vorschlag in Verbindung gebracht werden könnte.

Ein einfacher Weg wäre nach unserer Auffassung der, daß ein direktes Angebot an die Gesamtheit der Alliierten gemacht würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei der natürlichen nicht die Gesamtheit in Betracht kommt, sondern es sehr wesentlich auf die Modalitäten der Zahlung ankommt, die einzeln erst dann vereinbart werden könnten, wenn wir die Brücke zu einem internationalen Konkordat geschlossen haben, das die Gelder zu geben hat, die zunächst den Franzosen und Belgiern für Reparationszwecke zur Verfügung gestellt werden.

Ein solches Angebot muß erstens den Wiederaufbau der verödeten Gebiete ermöglichen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Frankreich gibt vor, für diesen Zweck 26 Milliarden Goldmark zu gebrauchen, während für Belgien fünf Milliarden Goldmark nach den vorgenommenen Schätzungen eingezahlt werden müßten. Zweitens müßte Deutschland den Göttern Garantie geben für die Vergütung und Tilgung der Anleihe. Drittens müßte auf die deutsche Leistungsfähigkeit Rücksicht genommen werden. Es ist selbstverständlich, daß, wenn fremde Gläubiger ihr Geld für Deutschland engagieren sollen, auch mit der Politik der Sanktionen ein Schluß gemacht werden muß. Die für den Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens genannten Summen liegen ziffermäßig so nahe bei der Gesamtsumme, die wir im Januar anzubieten bereit waren, daß es doch eigentlich möglich sein müßte, die Voraussetzungen für ein konkretes Angebot zu schaffen, nachdem erneut auf Grund der veränderten Verhältnisse mit den führenden Wirtschaftskräften eine Sondierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse vorgenommen worden ist, und diese für die Garantie angepaßt sind, die zur Aufnahme von Anleihen notwendig sind. Es wäre absolut unzulässig, in einem solchen Angebot — wie von anderer Seite befürchtet wird — ein Zeichen der Schwäche zu setzen.

Würde dieses Angebot abgelehnt, so würde das nur ein neuer Anreiz für den passiven Widerstand am Rhein und an der Ruhr.

Die Berg- und Hüttenarbeiter wissen, wie Wirtschaftskämpfe zu führen sind, sie stellen erst dann den Kampf ein, wenn eine Vereinbarung in ihrer Sicht ist. Gerade aus der Geistesoffenbarung der Ruhrarbeiter heraus wird der Wunsch nach einem deutschen Angebot laut. Sie verlangen mit Recht die Führung einer Politik, die ihre Leiden nach Möglichkeit abkürzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

demokraten.) Im Rahmen einer solchen Politik wünscht meine Fraktion ein deutsches Angebot. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ein deutsches Angebot würde die Bemühungen der wirtschaftlich denkenden Kräfte in den Entlassungen, auch ihre Regierungen verhandlungsreis zu machen, erleichtern. Während ihrer Anwesenheit in Berlin wurden die Sozialisten aus alliierten Ländern von der rechtsstehenden Presse als Feind-Sozialisten empfangen, worüber sie sich förmlich amüsierten, denn ehe sie aus ihrer Heimat abfahren, wurden sie ebenso wie wir, die wir mit ihnen verhandelt haben, des Landesverrats bezichtigt. Die Nationalisten in Frankreich und Deutschland sind gleich blöde. (Heitere Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es besteht die Möglichkeit, daß in absehbarer Zeit der englisch-französische Akkord gefunden wird, wodurch sich unsere Stellung stark verbessern würde. Auch das nötigt uns, alles zu tun, um selbst mit in die Verhandlungen hereinzukommen. Wir haben deshalb alle Ursache, auf die vergangenen Besprechungen in London und noch mehr auf die künftigen zu achten, weil auch

über die Frage der Sicherheit Frankreichs verhandelt wird. Die im Frühjahr 1919 nicht erreichbaren Ziele Frankreichs sind noch nicht aufgegeben. Wir sehen immer noch in Frankreich Kräfte am Werk, die besorgt sind dem alten Preußen sehen und die ganz vergessen, daß ein neuer Rheinstaat im Rahmen des Reiches kein größerer Hort der deutschen Demokratie sein würde als das Preußen der nachrevolutionären Zeit, das in der letzten Zeit genügend Beweise dafür geliefert hat, daß es bereit ist, gegen die Reaktion diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die nach unserer Auffassung notwendig sind. (Sehr wahr! links.) Die Stellung der Sozialisten zu dem Problem der Sicherheit ist klar und eindeutig: Wir wollen das Äußerste tun, um für alle Zeiten nach jeder Richtung hin Kriege zu verhindern. Die nach Sicherheit rufenden Kreise werden vielfach dadurch beirrt, daß in unserer Gruppe wieder Politik getrieben wird nach dem Motto: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!“ (Behaltende Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit den Wächern dieser Bewegung werden wir uns noch im Laufe dieser Woche beschäftigen.

Die Politik des preußischen Innenministers gegen diese Organisationen ist ein starkes Attribut unserer deutschen Außenpolitik. Wir sind mit dem Minister einig darin, daß der am Ende des vorigen Jahres angebotene Friedenspakt nicht als unabhängig und klar gilt, sondern daß Verhandlungen an ihm möglich sind. Wenn z. B. alle in der Rheinisch-Westfälischen Kommission vertretenen Staaten sich verpflichten würden, die Grenzen der jetzigen Rheinländer-Staaten aufrechtzuerhalten, so wäre das eine Erklärung, die jede deutsche Regierung abgeben könnte. Wir sind auch bereit, über das Menschenalter, von dem damals geredet wurde, hinaus die Erklärung abzugeben, daß Deutschland keinerlei Krieg gegen irgendeine Macht führen will, daß also die Abmachung nicht nur nach West, sondern ganz allgemein gilt. Die Einseitigkeit einer solchen Sicherungspolitik würde vielleicht

die Vorbereitung Deutschlands für den Eintritt in den Völkerebund sein. Für meine Fraktion kann ich jedenfalls erklären, daß wir zu jeder Zeit bereit sind, eine Politik der Sicherung zu garantieren mit all unserem politischen und parlamentarischen Einfluß. Mit aller Schärfe aber lehnen wir eine Sicherungspolitik ab, wie sie von den Anhängern der verfehlten Annexion auch in Frankreich getrieben wird. Die Rheinlande und die Pfalz sind unbestritten deutsches Land und jede Beschränkung der deutschen Souveränität ist als ein Verstoß auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu betrachten. Die Beherrschung der linksrheinischen Eisenbahnen durch fremde Kommissionen findet im Friedensvertrag nicht die geringste Stütze und auch eine fremde Gendarmerie hat dort nicht das geringste zu suchen. (Behaltende allseitige Zustimmung.) Wir haben alle Ursache, uns dagegen zu wehren, daß das Saarrevolver angetane Unrecht nun auch durchgeführt wird gegenüber der Bevölkerung am Rhein und womöglich gar an der Ruhr. Durch solche Bestrebungen fördert man nicht den Frieden der Welt. Durch sie wird ebensowenig eine Wunde in Deutschland offengehalten, wie die unverheilte Wunde nach 1871 eine offene Wunde am Körper Frankreichs gebildet hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Um die innere Ruhe aufrechtzuerhalten, brauchen wir keine fremde Gendarmerie. Die deutsche Republik hat sich im Laufe der letzten Jahre sich selbst festgestellt und wenn das nicht noch mehr geschehen ist, so ist nicht zuletzt die Politik der brüderlichen Gewalt und der fortgeschrittenen Sozialen Schuld daran, wie sie unter Führung Frankreichs gegen Deutschland verübt worden ist und die immer wieder Wasser auf die Mühlen der Reaktionen und renegatistischen Politiker Deutschlands geliefert hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Liquidation des Ruhrkonflikts muß so vollzogen werden, daß Frankreich, Deutschland und das gesamte Europa endlich die Befreiung finden. Das wird nicht eintreten, ohne daß auch wir bereit sind, auf lange Jahre schwere Opfer zu bringen. Aber tragbar müssen die Opfer sein. Dann werden sie getragen werden in dem Bewußtsein, daß nach langer schwerer Leidenszeit doch der Tag der Befreiung kommt.

(Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Marx (Str.): Unzweifelhaft ist die Behauptung Poincarés, Deutschland habe noch nichts geleistet. Dabei übersteigen unsere Leistungen bereits 50 Goldmilliarden. Frankreich sabotiert geradezu die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete. Es hält die Wunde offen, die längst geschlossen wäre, wenn es unsere Angebote angenommen hätte. Frankreich will keine Reparationen, es will Anexionen. (Sehr richtig!) Befreiung kann nur kommen, wenn die ganze Frage rein wirtschaftlich behandelt wird. England und Amerika, die großes Interesse an der Erfüllung des Friedensvertrages haben, sollten sich gegen den französischen Wahnsinn wenden. Mit aller Entschiedenheit weisen wir die politischen Ziele Frankreichs zurück. Hände weg vom Rheinland und der Ruhr! (Beif. Beifall.) Es muß alles vermieden werden, um dem Feind Vorwände für die Verlängerung des Einbruchs zu geben. Darin gebe ich Herrn Müller recht. Es ist zurzeit unmöglich, eine bestimmte Entschädigungssumme anzugeben. Im übrigen kann das Parlament nicht in Einzelheiten etwaiger Regierungspläne einbringen. Die Regierung selbst muß für den richtigen Zeitpunkt etwaiger Verhandlungen sorgen, wir können von ihr nur Rechenschaft verlangen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Hochsch (Dnat.): Es besteht Einmütigkeit darüber, daß unsere Regierung aktive Politik treiben muß. Aber worin soll die bestehen? Die Räumung des neubesetzten Gebietes ist die erste Voraussetzung für ein Angebot. Wir wünschen, daß sich die Regierung nicht von ihrem Wege abdrängen läßt. Das frühere Angebot hat heute nur noch historischen Wert. Deutschland darf nicht vergessen, eine Gegenrechnung der durch die Ruhrbesetzung erlittenen Schäden aufzumachen. Herrn Müller wäre ich sehr dankbar für eine Erklärung darüber, was er unter einer Garantierung der Grenzen nach Osten und Westen versteht. (Abg. Müller (Soz.): Nie wieder Krieg! ist unsere Parole!) Wir sind dagegen, daß dem Rheinland durch eine internationale Kontrolle seine Selbstbestimmung genommen und das Saargebiet durch eine einseitige Revision des Versailler Vertrages von Deutschland abgetrennt wird. Von der Regierung erwarten wir eine Erklärung über das Saargebiet. Gegen die Rede des politischen Ministerpräsidenten legen wir Protest ein. Wir fordern, daß die Regierung die Wiederaufnahme der Tätigkeit der internationalen Militärkontrollkommission unter Beteiligung französischer und belgischer Offiziere in diesem Augenblick unter allen Umständen verhindert und durch Veröffentlichung des im Rheinisch-Westfälischen Prozeß gelieferten Materials die Kriegsschuldfrage zerstreut. Gegen die Störung der deutschen Abwehr durch den preußischen Minister Severing werden wir in den nächsten Tagen protestieren. Der sächsische Ministerpräsident ist der Reichspolitik in den Rücken gefallen. (Zuruf links: Wenden Sie sich an Bayern!) Wir verlangen eine Politik, die unsere Volksgenossen am Rhein und Ruhr bald von der französischen Bedrückung befreit. Weiterberatung: Dienstag 2 Uhr. — Schluß 7 Uhr.

Bayern vor der Entscheidung.

Die bayerische Regierung, von der man nie genau weiß, ob sie nur unter dem Terror der Hiltterbanden steht oder ein Organ der Nationalsozialisten ist, wird in den nächsten Tagen die Verhaftung der Herausgeber des „Börsen Beobachter“ Eckart und des Redakteurs Weger vom „Miesbacher Anzeiger“ auf Verlangen des Staatsgerichtshofes in Leipzig vornehmen müssen. Es scheint so, als ob die bayerische Regierung die Absicht hat, in diesem Falle die Reichsgerichte loyal zu beachten. Wenigstens nimmt die völksparteiliche „Zeit“ das an. Sie betont in auffälliger Weise:

„Sowohl die „Bayerische Staatszeitung“ wie die „Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei“ vertreten sehr entschieden die Auffassung, daß Bayern nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch verpflichtet ist, sich den bestehenden Gesetzen rückhaltlos zu fügen, nachdem durch Einsetzung des Süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof bayerischen Sonderwünschen weitgehendes Entgegenkommen gezeigt worden ist.“

Aus eigenem fügt die „Zeit“ dann an die Adresse der Nationalsozialisten und „vaterländischen Verbände“ eine deutliche Warnung hinzu:

„Wenn die Nationalsozialisten und die vaterländischen Verbände darauf beharren, die Ausführung etwaiger Haftbefehle und die Auslieferung der Angeklagten nach Leipzig unter allen Umständen zu verhindern, so beschwären sie einen Konflikt herauf, der gerade unter den heutigen Verhältnissen die aller schwersten Folgen nach sich ziehen könnte.“

Das völksparteiliche Zentralorgan glaubt auf Grund seiner besonderen Informationen „die persönlich lauterer Absichten“ Hiltters betonen zu müssen. Aber es unterstreicht doch selber:

„Dem steht aber gegenüber, daß sich auch Hitler und seine Leute dem Radikantismus (schlimmster Art in die Arme geworfen haben und auf diese Weise die schlechten Instinkte der Massen wachrufen. Ferner geht Hitler und seinen Anhängern jedes Gefühl für die politischen Erfordernisse des Augenblicks ab. Ihnen sonst würden sie nicht gerade jetzt, wo Einigkeit und Geschlossenheit oberstes Erfordernis ist, der eigenen wie der Reichsregierung trogen und offenen Widerstand gegen bestehende Gesetze predigen. Das ist ein sehr gefährliches Beginnen, dem die bayerische Regierung mit allem Nachdruck beugegen müßte.“

Wir zweifeln nicht daran, daß die Nationalsozialisten den Versuch machen werden, die Verhaftung von Eckart und Weger mit Gewalt zu verhindern. Vielleicht können sie in München aus Prestige Gründen schon gar nicht mehr anders. Die bayerische Regierung wird sich aber darüber im klaren sein müssen, daß eine Weigerung, die Verhaftung vornehmen zu lassen, nachdem sie selbst der Einsetzung eines süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof zugestimmt hat, ein offener und unzweideutiger Bruch der Reichseinheit sein würde.

Bei Schluß der Redaktion trifft folgende Meldung ein:

München, 16. April. (U.) Heute abend wurde von amtlicher Seite verlautbart:

Die angekündigten Haftbefehle gegen die Schriftleiter Eckart und Weger vom „Börsen Beobachter“ und Weger vom „Miesbacher Anzeiger“ haben Führer der Arbeitsgemeinschaft vaterländischer Verbände am letzten Freitag zu Vorstellungen beim Ministerpräsidenten Dr. von Künzing veranlaßt. Dabei stellten sie die Forderung, daß die bayerische Staatsregierung die Haftbefehle des Staatsgerichtshofes gegen die vaterländisch gesinnten Männer Bayerns in den beiden genannten und allen folgenden Fällen ablehne, ferner sofort beim Reichsrat den Antrag auf restlose Aufhebung der Republikshuhgesetze einzubringen und für den Fall der Nichtannahme dieses Antrages die weitere Durchführung der Republikshuhgesetze in Bayern verweigern solle. Bei der großen Tragweite dieser Forderungen führte der Ministerpräsident eine Stellungnahme der Gesamtregierung herbei, die in einem Ministerrat am Sonnabend erfolgt ist. Daraus ist heute vormittag einer Abordnung der Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Verbände der einmütige Standpunkt der bayerischen Staatsregierung eröffnet, dahingehend, daß die bayerische Staatsregierung nach Gesetz und Vertrag den Vollzug der Haftbefehle nicht ablehnen könne, da sie im Hinblick auf die Abmachungen mit der Reichsregierung über die Republikshuhgesetzgebung und über die von Bayern beantragte Einsetzung eines eigenen süddeutschen Senats vom Juli vorigen Jahres gebunden sei.

Die ausgebliebene „Felddienleistung“.

Wien, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Die von den Wiener Palankestreikern für Sonntag pomphaft angekündigte große „Felddienleistung“, bei der die Faschisten bewaffnet antreten wollten, ist dank der Wachsamkeit der Wiener Polizei und unserer dortigen Parteigenossen ausgeblieben. Die Polizei hat die Endstationen der elektrischen Straßenbahn überwacht, Gendarmeriepatrouillen durchzogen die Umgebung der Stadt und gesicherten die Palankestreiker, wo sie sich anzusammeln versuchten. Es zeigten sich aber nur wenige von ihnen. Die Ordner der Sozialdemokratischen Partei hatten nur Vereisdienst, brauchten aber nirgends einzugreifen.

Schärfere Güterkontrolle.

Essen, 16. April. (W.B.) Die Bahnhöfe Oberhausen, Hordorf-Emscher, Raugel und Mengede sind gestern erneut von den Franzosen besetzt worden. Von den Kontrollstellen in Witten und Hordorfhausen wird zunehmende Verschärfung der Güterkontrolle, wohl infolge der beabsichtigten Abhaltung der Kohlentransporte, gemeldet.

Direktiven für ein Reparationsprogramm.

Paris, 16. April. (W.B.) Wie Havas mitteilt, hat Poincaré heute vormittag mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou, dem zweiten Delegierten in der Kommission Mauliers, dem Direktor am Quai d'Orsay Peretti della Rocca sowie dem Generaldirektor Soudouy konferiert. Er habe Direktiven erteilt im Hinblick auf die Besprechungen, die sie mit den belgischen Delegierten in der Reparationskommission Delacroix und Bemelmans zur Vereinbarung der Grundrissen eines französisch-belgischen Reparationsplanes führen sollen.

Die „Times“ über Poincaré.

London, 16. April. (U.) Die „Times“ schreiben zu der Rede Poincarés in Dünkirchen, daß die Stelle, an der er auf die Rede Poincarés anspielte, vielleicht die bemerkenswerteste sei. Niemand, der die Rede im ganzen lese, könnte sich irgendwelchen Illusionen hingeben. Sie enthalte außerdem so viele Widersprüche, daß es schwierig sei, anzugeben, wohin der Weg gehen werde. Nach den Informationen des „Times“-Korrespondenten sei man in Paris entschlossen, den Kontakt mit Großbritannien, der durch Loucheur wiederhergestellt wurde, aufrechtzuerhalten. Wenn die Zeit noch nicht reif sei, weitere Schritte zu tun, so hoffe man doch früher oder später offizielle Verhandlungen aufnehmen zu können.

Gewerkschaftsbewegung

Anpassung an die Teuerung.

Infolge der unendlichen offiziellen Pressemitteilungen über das Ergebnis der letzten Lohn- und Gehaltsverhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Spitzenverbänden der Beamten, Arbeiter und Angestellten erscheint es notwendig, aus dem Reichsbesoldungsblatt Nr. 20 folgendes festzustellen:

Den Beamten wird laut der Verfügung im Reichsbesoldungsblatt Nr. 20 neben ihren regelmäßigen Dienstbezügen für die Monate März, April und Mai ein Extramonatsgehalt gezahlt. Die Zahlung dieses Extramonatsgebhalts erfolgt in zwei Raten und zwar drei Viertel am 14. April und das letzte Viertel am 15. Mai. Die Reichsarbeiter erhalten für denselben Zeitraum zu ihren laufenden Lohnbezügen vier Extrawochenlöhne. Von diesen vier Extrawochenlöhnen sind bereits zwei am 10. März zur Auszahlung gelangt. Der dritte Extrawochenlohn gelangt am 18. April und der vierte am 11. Mai zur Auszahlung. Nach dem Reichsbesoldungsblatt Nr. 20 sind die Extragehälter und Extralöhne als Teuerungszuschlag zu verrechnen.

Wie es handelte sich um eine richtige Teuerungsoption, und die offizielle Mitteilung, die vom Reichsfinanzministerium am 7. April dem RFB übermittelt worden ist, wonach die Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter durch Verwaltungsmassnahmen innerhalb der ihnen zustehenden Bezüge rechtzeitig in den Besitz der notwendigen Geldmittel kommen würden, muß irreführend sein. Die Reichsregierung hat tatsächlich ihren Beamten und Arbeitern ihre laufenden Bezüge um 30,8 bis 33,7 Proz. erhöht. Hierdurch wird die Anweisung des Reichswirtschaftsministeriums vom März dieses Jahres an die Schlichtungsausschüsse und Demobilisierungskommissionen, wonach sie, weil die Reichsregierung die laufenden Bezüge der Beamten und Angestellten nicht erhöhte, auch keine allgemeinen Erhöhungen der Löhne der Industrie- und gewerblichen Arbeiter feststellen sollten, hinfällig.

Die Regierung konnte sich bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Spitzenorganisationen den Gründen, die von diesen für die sachliche Notwendigkeit einer Gehalts- und Lohnerhöhung vorgebracht wurden, nicht verschließen. Das Vorgehen der Reichsregierung hat aber der Industriearbeiterchaft den Kampf um die Anpassung ihrer Lohnbezüge an den hohen Preisstand sehr erschwert. Es ist eine Illusionalität gegenüber den Arbeitern und Angestellten der Privatindustrie.

Die Politik der Marktstabilisierung, die wir durchaus begrüßen und unterstützen, läßt sich nur dann durchführen, wenn die Löhne und die Preise zunächst in Einklang gebracht werden. Will man die Löhne stabilisieren, dann müssen zunächst die Preise herunter. Die Regierung muß also, bevor sie an die Demobilisierungskommissionen eine Anweisung gibt, die Löhne nicht mehr zu erhöhen, mit den ihr zur Verfügung stehenden — und eventuell zu erwerbenden — Mitteln einen Druck ausüben, damit die Dollarpreise abgebaut werden. Das hat die Regierung nicht getan. Das Spiel des Reichsfinanzministeriums bei der letzten Gehaltsregelung macht die Sache nicht besser. Wenn die Stabilisierungsoption nicht in kürzester Frist zusammenbrechen soll, dann müssen Löhne und Preise ausgeglichen werden.

Achtstundentag und Arbeitsleistung.

Im März dieses Jahres hielt der Wirtschaftliche Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates eine Sitzung ab, in der die Frage der Ausfuhrabgabe behandelt wurde. Unter anderem wurde als Sachverständiger auch ein Herr Dr. Drankle gehört, der, wie er selbst erklärte, Leiter des Seehafens Bremen ist und nachwies, daß die Erledigung der Arbeiten im Seehafen — das Beladen der Schiffe usw. — unter den Formalitäten der Ausfuhrabgabe ganz erheblich leidet. Nach dem in dieser Sitzung aufgenommenen stenographischen Bericht sagte Herr Dr. Drankle unter anderem folgendes:

Wenn man den Seehafenbetrieb — ich leite den Seehafen Bremen — statistisch beobachtet, dann findet man, daß der wirkliche Grad der Leistungen auf etwa zwei Drittel bis drei Viertel dessen zurückgegangen ist, was wir vor dem Kriege leisten konnten. Man kann das sehen, wenn man sich einmal die Zahl der bewegten Tonnen auf den Kopf des einzelnen Arbeiters bzw. Betriebsbeamten und die Zahl der bewegten Tonnen auf den einzelnen Uferkran berechnet. Daraus ergibt sich sofort, wie die Leistung zurückgegangen ist.

Es liegt nun nahe, das auf den Achtstundentag oder auf den mangelhaften Arbeitswillen zurückzuführen. Beides wäre falsch. Ich kann Ihnen dadurch beweisen, daß wir in den Häfen, in denen wir unbeeinträchtigt und unbeschränkt durch staatliche Vorschriften unsere Betriebe führen, trotz des Achtstundentags gegenüber der früheren neun- und zehnstündigen Arbeit die Friedensleistung nicht nur

erreicht, sondern sogar in vielen Fällen überschritten haben. (Hört, hört!) Also das beweist, daß nicht der Achtstundentag und nicht der mangelhafte Arbeitswille der Arbeiterchaft die Ursache der Minderleistung ist.

Da haben wir also ein sachliches Urteil, das sicher schwerer wiegt als die vielen Urteile, die wir aus interessierten Kreisen, besonders der Industrie, häufig hören und die dahin gehen, daß an allen Uebeln, unter denen die deutsche Wirtschaft leidet, fast ausschließlich und nur der Achtstundentag schuld sei.

Betriebsratswahlen der Lokomotivfabrik Hennigsdorf.

Vor der Wahl war der Betriebsrat (20 Mitglieder) zusammengesetzt aus 11 KPD, 6 USP. und 3 SPD. Jetzt besteht er aus 19 Mitgliedern, da die Belegschaft sich um zirka 1000 verringert hat.

Die Strategen der KPD. setzten sich über die Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses, eine freigewerkschaftliche Liste zuzubringen, hinweg. Man suchte keine Verständigung, sondern eine „Vergewaltigung“ der USP. (Richtung Amsterdam) vorzunehmen. Die KPD. wollte mit der USP.-Fraktion — die sie als List behandelte — nicht an einem Tisch sitzen. Die KPD.-Strategen setzten sich mit der Ledebour-Gruppe in Verbindung, schlossen einen Pakt, überließen dieser Gruppe 3 Mandate, zogen in den Wahlkampf und glaubten die USP. auf den Sand mandoriert zu haben.

Sie versohlen ein Flugblatt im kommunistischen „Geist“ gegen die Gewerkschaften, worin sie den Gewerkschaftsführern vorwarfen, nicht willens zu sein, zu kämpfen. Den heroischen Kampf gegen französischen Imperialismus und Militarismus nennen sie Kuhrschwindel, fälschen von wirtschaftsfriedlichen Arbeitsgemeinschaften, Sabotage des Betriebsrätekongresses, des Ludwigschafener Streiks usw. Dieses Flugblatt unterschrieben sie „logischerweise“ die freigewerkschaftlichen Funktionäre — ohne daß unsere Vertrauensleute das Flugblatt zur Sanktion vorgelegt bekommen.

Mit solchen Tricks, Verdrehungen und Verleumdungen zog man in den Wahlkampf und glaubte dadurch restlos zu siegen.

Doch es kam anders. Man hätte die Rechnung ohne die Belegschaft gemacht, die durch den Stimmzettel folgendermaßen entschied:

Die Liste der KPD. und Ledebour-Gruppe — die sie unter der Flagge freigewerkschaftliche Liste segeln ließen — erhielt 2200 Stimmen und 11 Mandate, die Liste der USP. (Amsterdam) erhielt 1631 Stimmen und 8 Mandate. Das Junglein an der Wage bildet die Ledebour-Gruppe mit ihren 3 Mandaten (Richtung Amsterdam).

Wir haben den Wahlkampf ehrenvoll bestanden. Nur durch ernste Gewerkschafts- und Parteiarbeit kann die Lage der Arbeiterchaft verbessert werden.

Die Funktionäre der USP. (Amsterdam).

Die „Rote Fahne“ gegen den Preisabbau.

Die „Rote Fahne“ erscheint wieder. In ihrer ersten Nummer bemüht sie sich redlich, das „Verläumt“ nachzuholen und ihre mit Schimpfwörtern gewürzten Dummdenken spaltenweise zu häufen. In ihrer Sonntagnummer veröffentlicht sie u. a. einen Artikel, in dem sie sich mit der Marktstabilisierung beschäftigt. Sie führt da den „Nachweis“, daß der Lohn der Metallarbeiter der ersten Lohnklasse am 1. Mai 1922 nur 48 Proz. des Vorkriegslohnes betragen habe. Zum Beweis führt sie die Großhandelsziffern der „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Mai 1922 an. Sie vergleicht dann die Löhne der Metallarbeiter mit den Großhandelsziffern von Monat zu Monat, vergißt jedoch, die Großhandelsziffern für März und April 1923 anzuführen. Und das aus guten Gründen. Denn im März und April sind die Großhandelsziffern zurückgegangen. Wäre also die „Beweisführung“ der „Roten Fahne“ richtig, dann würden die Metallarbeiterlöhne im März und April erheblich gestiegen sein.

Diese Beweisführung läuft darauf hinaus, den Unternehmern Material zu liefern. Denn diese könnten darauf hinweisen, daß, da die Löhne, gemessen an den Großhandelspreisen, im März und April gestiegen sind, eine weitere Lohnerhöhung nicht berechtigt wäre und erst ein Lohnabbau vorgenommen werden müßte, ehe an einen Preisabbau gedacht werden kann. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß man den Reallohn nur messen kann an den Kleinhandelspreisen. Wohl folgen die Kleinhandelspreise den Großhandelspreisen, aber unregelmäßig und in einem erheblichen Abstand, so daß oft die Kleinhandelspreise noch weiter steigen, während die Großhandelspreise zurückgehen.

Nicht minder dumm und gefährlich für die Arbeiter sind die Argumente, die die „Rote Fahne“ gegen den Preisabbau ins Feld führt. Es ist eine alte Beobachtung, daß bei steigenden Preisen die Löhne den Preisen immer in wachsendem Abstand nachhinken. Will man also eine Marktstabilisierung durchführen, dann muß mit dem Abbau der Preise begonnen werden, und nicht, wie Regierung und Unternehmer es wollen, mit der Stabilisierung der Löhne. Die „Rote Fahne“ aber will vom Preisabbau nichts wissen. Sie will den alten Wettlauf zwischen Löhnen und Preisen, bei denen die Löhne immer mehr ins Hintertreffen geraten, fortsetzen. Das ist nichts anderes als eine Unterstützung der Kupplierungspolitik der Schwerindustrie.

Das Personal der Reichsdruckerei nahm in zwei aufeinanderfolgenden Betriebsversammlungen am Freitag den Bericht des Betriebsausschusses über die in einzelnen Abteilungen notwendig gewordene Kurzarbeit entgegen. Durch die Zurückziehung eines größeren Auftrages der Reichsbank ist eine wesentliche Abteilung der Reichsdruckerei, die Kupferdruckerei, stillgelegt worden. Dadurch trat in den Abteilungen, die die vom Kupferdruck hergestellten Scheine ausgeben, ebenfalls ein Arbeitsmangel ein. Der auch dort angefüllte Kurzarbeit folgten alsbald Kündigungen, die nach den Versicherungen der Direktionsvertreter ungefähr 1600 Arbeiter treffen sollen. Die Betriebsvertretung hat in Gemeinschaft mit den Vertretern der vier graphischen Verbände mit der Direktion verhandelt, um bei der beschleunigten Betriebseinschränkung die Rechte der Arbeiter aus den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und der Demobilisierungsgesetz zu wahren. Nach Anhörung eines Vertreters des Demobilisierungskommissars ist eine Vereinbarung zwischen der Direktion und der Betriebsvertretung zustande gekommen, die unter Ausschaltung ungerechter Härten die Notwendigkeit von Entlassungen anerkennt. In der Diskussion bemängelte ein Mitglied des Betriebsrats, daß der Betriebsausschuss nicht vorsätzlich genug gearbeitet habe. Bereits bei der Antizipation der Kurzarbeit habe die Direktion keinen Zweifel gelassen, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitern überzählig sei. Es sei daher notwendig gewesen, sofort im Anschluß an die erste Mitteilung der Direktion bestimmte Vorschläge zu machen, nach welchen Grundlängen die Entlassungen zu erfolgen haben, um Ungerechtigkeiten und soziale Härten soweit wie möglich zu vermeiden. Durch diese Unterlassung sei nunmehr große Unruhe in das Personal getragen worden. Die Verfolgung war mit den getroffenen Maßnahmen der Betriebsvertretung einverstanden. Eine umfangreiche kommunistische Resolution über den Verbot der „Roten Fahne“, die Demonstration am 1. Mai und die Bildung von Hundertschaften wurde abgelehnt. Annahme fand eine Protestresolution, die sich gegen das im Vergleich zu rechtskonservativen Zeitungen einseitige Vorgehen gegen die „Rote Fahne“ richtete.

Die Lohnkämpfe in Frankreich. Nach einer Meldung der „Information“ aus Lille beschloßen die Arbeiter der Spinnereien von Lille und Umgebung für Montag vormittag den allgemeinen Ausstand, weil sie die ihnen zugestandene Lohnerhöhung um 4 Proz. als unzureichend erachteten. Nachdem die Arbeiter der Webereien bereits streikten, ist also der Ausstand der Textilarbeiter in Lille allgemein. Der Streik der Pariser Damenschneiderinnen hat an Ausdehnung zugenommen.

Sitzung, USPD, des HSB-Konzerns! Mittwoch abend 7 Uhr im Lokal von Coras, Solothurn, 27. Sitzung des Aktionsausschusses. Die Parteimitglieder und sämtliche nennenswerten Betriebsräte müssen unbedingt anwesend sein. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der Fraktionsvorsitzende.

Sitzung, USPD-Fraktion HSB-Grannenstraße! Am Mittwoch um 8 1/2 Uhr bei Solothurn, 22. Fraktionssitzung. Es müssen alle Parteimitglieder bestimmt erscheinen. Partei- und Gewerkschaftsausweis mitbringen. Der Fraktionsvorsitzende.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei. In Hannover ist mit dem Genossen Franz Henzke eine der bekanntesten Persönlichkeiten in der Parteibewegung der Stadt und Provinz Hannover dahingegangen. Mitte der achtziger Jahre schloß er sich der noch schwachen Arbeiterbewegung in Hannover an und setzte in der nachfolgenden Zeit bei keiner Parteiarbeit. Auch trotz des Sozialistengesetzes war er bei jeder Veranstaltung und Versammlung der Partei. Von Beruf Metallarbeiter, wirkte er gleichzeitig für die gewerkschaftliche Organisation in dem damaligen Hachverein. Lange Zeit gehörte er dem örtlichen Vorstand und dem Bezirksverband der Sozialdemokratischen Partei für die Provinz Hannover an. Auf mehreren Parteitagungen war er als Delegierter anwesend. Zahlreich war er Vorsitzender des Gewerkschaftsrates in Hannover. Seit der am 1. Juli 1904 erfolgten Anstellung als erster Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes der Verwaltungsstelle Hannover-Linden widmete er seine Hauptkraft dem Ausbau der Gewerkschaftsorganisation. Der gute Stand und die Stabilität der Metallarbeiterbewegung in Hannover sind zum überwiegenden Teile seiner Tätigkeit zu verdanken. Die Parteigenossen in Stadt und Provinz Hannover sowie besonders die Metallarbeiter wissen seine aufopfernde Tätigkeit zu schätzen und werden sein Andenken in Ehren halten.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: E. Glaser, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Blatt 1. Beilage

Beramanns Zahnpasta

Rosodont

die Sparsamkeit selbst
Seit 70 Jahren bewährt

Zwei gute Bekannte

MERCEDES

A B C

DIE BATSCHARI KRONE

Henko

Weiche mit

Henko

die Wäsche ein!

„Henko“ Henkel's Wasch- und Bleich-Soda, zum Einweichen der Wäsche und für den Hausputz.

Wichtigste Verkaufsstellen: Henkel & Cie., Düsseldorf.

Das Elend der Strafgefangenen.

Von unrichtiger Seite wurde der Redaktion des „Vorwärts“ das im folgenden Aufsatz veröffentlichte Material zugänglich gemacht...

Nach den Bestimmungen des Strafvollzugs soll die dem Gefangenen zustehende Entlohnung für seine Arbeitstätigkeit in der Hauptfache dazu dienen, ihn die Rückkehr in das bürgerliche Leben zu erleichtern...

Die Gefangenenlöhne.

Wären die Lohnsätze für die Gefangenen schon bis Oktober 1920 schon ganz unzulängliche zu nennen, so sind sie seit dieser Zeit bis heute geradezu als Skandal zu bezeichnen...

Die Wirkung der Not.

Man geht nicht fehl, wenn man behauptet, daß in der heutigen Zeit 75 Proz. aller Gefängnisinsassen durch bitterste Not zum

Rechtsbruch getrieben werden. Von 100 Mann, die 1921 in Pöthen-see eingeliefert wurden, hatten 50 kein Hemd, zifca 60 keine Stiefel...

Die Sicherheit des Publikums wird von neuem gefährdet, und neue Gerichtsverfahren und mitunter jahrelanger Strafvollzug belasten in unzähligen Fällen die Staatskasse unnötig...

Der Herr aus Holland.

Unter der Anklage des Mädchenhandels.

Schwere Anschuldigungen richten sich gegen den holländischen Kaufmann Wilhelm Jwaan, der sich gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I unter Vorbehalt von Landgerichtsdirektor Langels wegen Mädchenhandels und Körperverletzung zu verantworten hatte...

Jwaan war Anfang 1922 nach Berlin gekommen und hatte hier die 19jährige Kontoristin Marie Elisabeth kennen gelernt und sich nach kurzer Bekanntschaft mit ihr verlobt. Er soll ihr und ihren Eltern erzählt haben, daß er ein sehr großes Vermögen habe...

Der Angeklagte Jwaan, der recht gut deutsch spricht, verteidigt sich sehr gewandt. Er hat ein äußerst böses Vorleben, denn er ist nicht weniger als dreimal in Holland, jedesmal zu einem Jahr Gefängnis, wegen gemeinschaftlichen Diebstahls verurteilt worden...

seiner Frau mit Inem Herrn im Palais der Friedrichstadt, der sich angeblich als ein sehr bekannter Kriminalkommissar ausgegeben habe, in Wirklichkeit aber ein verheirateter Architekt gewesen sein soll.

Eine völlig andere Darstellung gibt die Zeugin, Frau Marie Jwaan. In Holland hätten sie zunächst bei dem Vater Jwaans gewohnt. Nach und nach hätten sich Geldsorgen eingestellt. Eines Tages sagte mein Mann, ich könnte auch etwas tun, um Geld zu verdienen...

Beschwerden der Ruhrflüchtlinge über Berlin.

Eine Erweiterung des Berliner Oberbürgermeisters.

Auf ein Schreiben des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf, Dr. Gräbner (kurztz. Barmen), über mangelndes Entgegenkommen der Berliner Bevölkerung bei der Unterbringung ausgewiesener Beamten und deren Familien in Berlin, hat Oberbürgermeister Böß das Folgende geantwortet:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe das gefällige Schreiben vom 9. April über die den Ruhrgebietflüchtlingen angeblich in Berlin bereiteten Schwierigkeiten erhalten und muß mit Bedauern feststellen, daß anscheinend übersehen worden ist, diesem Schreiben irgendwelches Material beizufügen, an Hand dessen die Beschwerden auf den Grund gegangen werden kann.“

Der Regierungspräsident hatte in seinem Schreiben u. a. auch darauf hingewiesen, daß die Ruhrbevölkerung es sich entschieden verbiten müßte, daß sie wie der valutatstarke Ausländer zum Gegenstand wucherischer Ausbeutung der Berliner Vermieter gemacht werde.

Fortschritte in der Bekämpfung der Preistreiberei.

Auf dem Berliner Viehmarkt haben sich als Folge des Eingreifens der Bucherabteilung des Berliner Polizeipräsidiums, zuerst an letzten Sonnabendmarkt, die Viehagenten entschlossen, vorherige festgesetzte Richtpreise bei ihrer Forderung nicht zu überschreiten.

(Nachdruck verboten. Der Wolff-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

87] Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von JULIAN GUMPERT.

„D wie sauber er ist, o was für eine weiße Haut er hat...“ Frauenstimmen schrillten im Nebel. Eine Decke, die sich weich und warm anfühlte, wurde über ihn gelegt. Er war sehr warm, aber noch gefühllos. Nach einer langen Zeit gelang es ihm, sich herumzudrehen und umzusehen.

sicht und einem geschwollenen, in Schals gewickelten Körper. Ihre Augenbrauen waren sehr buschig; sie hatte dicke, graue Schnurrbarthaare, die an beiden Seiten des Mundes herauswuchsen. Ihre Stimme war tief und grollig und schien aus der Höhle ihres mächtigen Körpers zu kommen.

„Coco ist eifersüchtig.“ sagte Rosaline mit einem schrillen kleinen Lächeln. Andrews nahm die Schüssel in seine beiden Hände und trant etwas von der Suppe. „Sie ist zu heiß.“ sagte er und lehnte sich in die Arme des Mädchens zurück. Der Papagei quarrte einen Schrei heraus, den Andrews nicht verstehen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Auftraggeber zu erringen, im Besfall kommt. Wie wir hören, hat beim Reichsernährungsminister eine große Konferenz stattgefunden, bei der Vertreter aller in Frage kommenden Behörden des Reichs und der Länder und alle in Frage kommenden Interessenten zugegen waren. Sie verfolgte den Zweck, die Bekämpfung der Weisstreibeerei auf allen Schlachtohmärkten einheitlich zu gestalten. Bemerkenswert ist, daß die Tätigkeit der Berliner Weisstreibeerei und die von ihr getroffene Regelung auf dem hiesigen Viehmarkt bei Aufstellung der allgemeinen Richtlinien als grundlegend angesehen wird.

Der Raubmord in der Mohstraße. Weitere Aufklärungen.

Die schnelle Aufklärung des schändlichen Mordes an der Filialleiterin Dittmer hat die Bevölkerung von einem schweren Albtraum befreit. Der verhaftete Mörder Karl Häusler, der in seiner ganzen Erscheinung keineswegs den Eindruck eines Verbrechens macht, wurde gestern im Polizeipräsidium von den Kriminalkommissaren Werneburg und Albrecht eingehend verhört. Nach dem bisherigen Verlauf der Vernehmungen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier tatsächlich ein schreckliches Verbrechen verübt worden ist.

Der Täter gibt den Mord, den er gleich bei seiner Festnahme einräumte, auch weiter zu und bestreitet auch nicht, ihn mit der Absicht des Raubes ausgeführt zu haben. Der Verhaftete bekennt dabei, daß er aus Not gehandelt habe. Er will sich ständig um eine Stellung bemüht, aber keine gefunden haben. Wahrscheinlich ist, daß er von Schwindelereien gelebt hat. Das Verbrechen in der Mohstraße hat er mit großem Vorbedacht von langer Hand vorbereitet. Um für alle Fälle ein vorläufiges Versteck für seine Beute zu haben, knüpfte er ebenso wie mit dem ausersehenen Opfer mit der Filialleiterin der Hüttenpresserei in der Budower Straße an und besuchte auch diese wiederholt im Geschäft. Hier erfuhr er gleich am Sonnabendvormittag und hat die Verkäuferin um die Erlaubnis, bei ihr die Kartons und ein kleines Päckchen unterstellen zu dürfen. Sie gestattete das ihm auch ahnungslos. Gestern vormittag begab sich die Kommissarin nach der Budower Straße und fand in dem Hutgeschäft nicht nur die Kartons, sondern in dem kleinen Päckchen auch eins der von dem Mörder benutzten Werkzeuge. Es ist das ein sogenannter Bionierhammer, ein zwei Pfund schweres tonnenartig geformtes Bleistück mit einem eisernen Stiel. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Häusler nach dem Verbrauch des Erlöses aus seiner Beute um weitere Verbrechen ausgegangen wäre, wenn ihm nicht sein Geschick ereilt hätte. Sein nächstes Opfer wäre vielleicht die Filialleiterin der Budower Straße geworden.

Das Auto im Landwehrkanal.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag fuhr an der Ecke Gölziger Ufer und Reichenberger Straße ein Privatauto, das die Nummer IA 19705 trug, mit voller Fahrt in den Landwehrkanal. Als die Feuerwehre erschien um Hilfe zu leisten, fand sie wohl den Wagen, aber weder Insassen noch Fahrer. Der Wagen konnte geborgen werden. Das Innere der eleganten Benzolimousine war vom Wasser unberührt. Man nimmt an, daß der Fahrer des Autos beim durchfahren der eisernen Kanalumschlingung infolge der heftigen Erschütterungen aus dem Wagen geschleudert wurde und sich in Sicherheit bringen konnte. Doch fehlt bis jetzt noch jede Spur.

„Der schwarze Teufel“ und seine Trunkenheit.

Nach den Raubüberfällen auf der Spanbauer Chaussee waren zwei Täter als Gebrüder Bugge der Kriminalpolizei eingekerkert worden. Auf dem Polizeigewahrsam aber wurde jetzt festgestellt, daß nur der eine ein Bugge ist, ein wiederholt, einmal auch schon wegen Totschlags verurteilter Kutscher Friedrich Bugge aus der Krume Straße zu Charlottenburg, sein angeblicher Bruder wurde entsorgt als ein Erich Göhne, der noch 1 1/2 Jahre zu verbüßen hatte und am 6. März aus der Strafkast entwichen ist. Bugge ist in seinen Kreisen unter dem Spitznamen der schwarze Teufel von Charlottenburg bekannt. Seine behaupten, daß sie sinnlos betrunken gewesen und an den eigentlichen Überfällen nicht beteiligt gewesen seien.

Stadtvorordner Rosder, Mittelstr. 15, ist infolge eines Schlaganfalls gestorben. Er war Mitglied der Wirtschaftspartei.

Blühende Magnoliabäume.

Von Tschircha.

Vor dem Bischofswohnsitz in Limburg erfreuen zwei prächtig blühende Bäume des Wanderers Auge. Vom zarten Rosa bis zum dunkelsten Violett ist alles lüppig überfüllt. Eine Farbenfanale ohne Gleichen.

Ich stehe davor mit einem förmlichen Ausruf des Entzückens über dieses herrliche Aprilgesicht. Aber dann flücht mich der Unmut; ich will doch mal sehen, ob die Limburger wissen, was ihrem Bischofsgebäude einen so farbenfrohen Rahmen gibt.

Vor mir spielen vier Jungens Ball.
„Sagt mal, wie heißt denn dieser hübsche Baum“, frage ich sie mit schelmischer Neugierde.

„Sie sehen mich verwundert an, betrachten die Bäume, aber keiner von dem Kleeblatt weiß, was ihm der Magistrat da hingepflanzt hat.“

„Dorwürrrä härrä wär no nisch gelärrnt.“

Ordnentlich vorwurfsvoll gibt mir der größte der Jungen diese Antwort, er roßt dabei das A im Gaumen, als habe er eine Rinderklopper verschluckt. Dann spielen sie weiter, ohne noch einen Blick auf die Magnolien zu werfen. Mich halten sie jedenfalls für erledigt.

Eben kommt ein Schwarzgeldelieferer, wie sie einem in Limburg auf Schritt und Tritt begegnen, mit Köden bis zum Abgah und rundem Hut. Ich halte ihn an, mit der Bitte, mir doch zu erklären, was man da dem Bischof für eine Zierde vor die Behausung gesetzt hat.

Er preßt die Lippen breit zusammen, rückt an der Brille, sagt gleichzeitig an den Hut und zwischen den Krügen, aber eine Antwort bekomme ich zunächst nicht. Der Schwarze umschreitet das Gitter, bückt sich, sieht den Baum von unten an, beschattet seine Stirn, blüht verzweifelt nach der Kreuzigungsgruppe an der Stadtkirche, endlich erklärt er:

„Mir scheint, es sind Zierbäume.“
„Hab ich für mich gedacht. Ich danke herzlich, und der Kirchenheilige entfernt sich erleichtert, nicht ohne mich nochmals kritisch zu betrachten.“

Ein Mann mit einem Riesenrucksack, Tourenanzug, Gamsfederhut nähert sich. Der geborene Naturfreund. Jeder Zoll find an ihm „hundert Kilometer zu Fuß“.

Er stellt sich neben mich, so daß ich ihn gleich fragen kann, ob er mir den Namen dieses Blütenmeers verraten will.

„Lieber Mann“, sagt er, „erschreien bin ich gar nicht von hier, zweifeln bin ich auf dem Gebiet schwach. Ja, im Wald, da kenne ich jeden Strauch, das da? Kirichen fands nicht, überhaupt kein Obst, das weiß ich. Wissen Sie es?“

„Ich meine, es wären Magnolien.“

„Opfer der Revolution“.

Das Doppelleben zweier Verbrecher.

Ein ungewöhnliches Doppelleben zweier Verbrecher hat die Kriminalpolizei aufgeföhrt. Ein angehehrer Fabrikarbeiter Zimmermann beging in Reinickendorf an einem Kinde ein Sittlichkeitsverbrechen. Es sollte mit Hilfe der Mutter vertuscht werden, wurde aber doch ruckbar und kam auch zur Kenntnis der Kriminalpolizei.

Die Ermittlungen hatten ein außerordentlich überraschendes Ergebnis. Es stellte sich heraus, daß die Mutter des mißbrauchten Kindes von einem Freunde des Täters, der sich Eich nannte, 50 000 M. Schweigegelde erhalten hatte. Eich und die Frau wurden festgenommen, Zimmermann aber ist verschwunden. Eich wurde nun als ein vielbestrafter Buchhalter Wunisch entlarvt, der vermeintliche Zimmermann entpuppte sich als sein Komplize, ein Fabrikarbeiter Köhler Wunisch, ein Mann von 31 Jahren, bekleidete früher in Offenbach in einem Betriebe, in dem auch der 30 Jahre alte Köhler arbeitete, eine Vertrauensstellung. Beide sind in Offenbach verheiratet. Nach diesen Straftaten aller Art, Einbrüchen, Unterschlagungen usw. entflohen die beiden aus Offenbach und kamen nach Kriegsende nach Berlin. Hier wurden sie festgenommen, bei den Spzialistenunruhen aber befreit. Mit Hilfe von Freunden brachten sie es fertig, daß ihre Frauen in Offenbach dahin benachrichtigt wurden, daß sie als Opfer der Revolution gefallen seien. Seitdem lebten die Frauen in Offenbach mit ihren Kindern als Witwen. Die beiden Verbrecher aber verschafften sich in der Münzstraße neue Papiere auf die Namen Eich und Zimmermann. Sie verließen Berlin und gingen nach Bromberg. Hier gelang es „Eich“, wieder einen besseren Posten zu bekommen und seinen Freund „Zimmermann“ in dem gleichen Betrieb anzubringen. Von neuem aber mißbrauchte er auch in Bromberg seine Vertrauensstellung gemeinsam mit seinem Freund. Als die Stadt von den Polen besetzt wurde, kehrten sie nach Berlin zurück und traten hier als Polenflüchtlinge auf, wandten sich an die Flüchtlingsfürsorge und erhielten als Ausgewiesene und in ihrer Wirtschaft Vermögtere jeder 1 1/2 Millionen Mark Entschädigung. Jetzt gründeten sie einen neuen Haushalt. Beide verheirateten sich auf die Namen Eich und Zimmermann. Eich erhielt wieder in einer großen Fabrik eine Vertrauensstellung und Zimmermann in demselben Betriebe Arbeit. Beide wurden mit ihren Frauen in einer Wohnung in dem Fabrikgebäude untergebracht. Sie begingen wiederum große Veruntreuungen und verleiteten auch noch einen 28 Jahre alten Verwalter Reinicke, der in einer hiesigen großen Seidenfabrik angesetzt war, zu großen Diebstählen. Den jungen Frauen mußte eröffnet werden, daß ihre Ehen ungültig sind, den beiden Frauen in Offenbach, daß ihre Männer keineswegs Opfer der Revolution geworden sind. Zimmermann-Köhler ist noch nicht ermittelt. Reinicke dagegen konnte ebenso wie Eich festgenommen werden. Angaben zur Festnahme des flüchtigen „Zimmermann“ und zur weiteren Aufklärung des Treibens dieser ungewöhnlichen Verbrecher nimmt die Dienststelle B. 1. 4 der Kriminalpolizei in der Magazinstr. 3/5, Zimmer 44, entgegen.

Die sozialdemokratischen Delegierten zur Generalversammlung der Konsumgenossenschaft hatten sich am Sonntag zahlreich in Hanerlands Festhalle versammelt, wo zunächst vom Genossen Götter über die am 25. März stattgehabte Wahl der Delegierten berichtet und dann Stellung zu den Aufgaben der bevorstehenden Generalversammlung genommen wurde. Zu dem bereits im „Vorwärts“ mitgeteilten Wahlergebnis bemerkte der Redner, daß die Partei erfreulicherweise von den Mandaten die große Mehrheit erhalten habe, doch könne das erreichte Ergebnis als voll befriedigend nicht angesehen werden. Die Wahlbeteiligung habe leider viel zu wünschen übrig gelassen. Eine größere Rührigkeit sei dringend erforderlich. Es sei bedauerlich, daß ein großer Teil der Parteigenossen sich um die Konsumgenossenschaft noch gar nicht gekümmert habe, obgleich es sich um ein bedeutendes Unternehmen für die wertvolle Bevölkerung handle. Hierauf folgten Vorschläge für die Wahl der Delegierten zu der Tagung des „Verbandes Ostdeutscher Konsumvereine“ am 12. und 13. Mai in Finsterwalde und der Tagung des „Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine“ am 18. und 19. Juni in Gdansk.

Zu dem vermeintlichen Mord in der Martin-Luther-Straße wird mitgeteilt, daß der junge Selbstmörder Samuel Lewin schon länger überspannt und niedergedrückt war. Er klagte wiederholt, daß er sich mit den heutigen Zuständen nicht abfinden könne und daß nichts anderes übrig bleibe, als sich das Leben zu nehmen, wenn man ehrlich bleiben will. Am

Sonntagabend wollte ihn seine Mutter ins Theater mitnehmen. Er weigerte sich aber mitzugehen und sprang in Abwesenheit der Mutter aus dem Fenster.

Billiche Seefische. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin veranlaßt wieder einen Verkauf von Seefischen. Abgegeben wird Ostseefisch (ausgenommen) zum Preise von 550 M. je Hund. Die Verkaufsstellen sind durch besondere Plakate kenntlich gemacht. Es handelt sich ausschließlich um ganz frische, nichts in Berlin zugekommene Ware. Gefäße oder Einschlagmaterial müssen mitgebracht werden.

Gemeinsame Trauerfeier für die Opfer des Flugunglücks. Der Magistrat beabsichtigt, für die drei Verunglückten zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt eine gemeinsame Trauerfeier im Stadthause zu veranstalten.

Herabsetzung der Bäderpreise. Der Ausschuss zur Festsetzung der Preise in den städtischen Badeanstalten hat beschlossen, gegenwärtig eine Erhöhung der Bäderpreise nicht vorzunehmen. Die Preise für Brausebäder werden im Interesse der ärmeren Bevölkerung vom 16. April ab auf folgende Höhe ermäßigt: Ein Brausebad für Erwachsene 800 M., für Studierende usw. 400 M., für Kinder 250 M. Im übrigen behalten die bisherigen Bestimmungen weiter Gültigkeit. Die städtischen Flussbadeanstalten werden erst mit dem 1. Juni er. in Betrieb gesetzt.

Die Ruffenshaufel. Es handelt sich nicht etwa um eine Einrichtung des Lunaparks, vielmehr hat so der Berliner Volkswitz die Autobuslinie E gekauft, weil galizische Taschendiebe unter den dortigen Fahrern mit höchster raffinierter Fingerfertigkeit ihr schnelles Gewerbe ausüben. Greifen die Spezialbeamten des Taschendiebes-Dezernats in den betreffenden Wagen zu, so werden ihnen leider noch immer vom Publikum Schwierigkeiten bereitet, weil die Fahrer im ersten Moment eher einem einfach gekleideten Beamten als einem eleganten Fahrgast einen Diebstahl zutrauen. Das beweist ein wertvoller Fund, den die Kriminalpolizei bei einem in Kreisen von Taschendieben bekannten Herrn gemacht hat. Anlässlich einer Kontrolle wurde ein echt silbernes Zigaretten-Etui, gestempelt 850 gefunden, das eine mit Datum versehen Widmung trug: „Von Deinem Vater“. Der Bestohlene wird gebeten, sein wertvolles Eigentum in Zimmer 83A des Polizeipräsidiums abzuholen.

Das Sommersemester der deutschen Hochschule für Politik, die eine Vertiefung des politischen Wissens auf alle Schichten unseres Volkes erstrebt, beginnt am 1. Mal. Anmelbungen werden im Sekretariat Berlin, Schinkelplatz 6, vom 16. April ab zwischen 10 und 2 Uhr angenommen. Gebühren: Einjährige Sommerkursvorlesung 1000 M., zweijährige 2000 M. Die Zahlung des Betrages von 5000 M. berechtigt zur Teilnahme an sämtlichen Vorlesungen.

Geleitete Musik im Bezirk Friedrichshain. Die Deputation für das Bildungswesen des Bezirksamts Friedrichshain veranstaltet am kommenden Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Kongressaal Friedrichshain 16/22, ein Konzertabend unter dem Titel „Geleitete Musik“. Mitwirkende sind die Kammermusikvereine der Berliner Staatsoper Herren Prof. Adalbert Götting (1. Violine), Franz Seiffert (2. Violine), Max Freund (Bratsche), Paul Trefl (Violoncello), Gustav Richter (Bass), Prof. V. Rembitz (1. Horn), Anton Esempl (2. Horn), Dore Benckstein-Hörner (Klarinette). Karten sind im Vorverkauf der Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft, im Bezirksamts Parkstr. 49 und im Kongressaal Friedrichshain an der Abendkasse zu haben.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Mitgliedervertreter!

Mittwoch, 18. April, abends 7 Uhr, äußerst wichtige Sitzung aller Abteilungsmitglieder im Konferenzsaal der Sophienstraße, 16/17, 11. Stock. Diesmal muß jede Abteilung vertreten sein. Parteilichkeit legitimiert. — Der nachgewählte Ausschuss trifft sich daselbst bereits 5 1/2 Uhr zu einer Vorbesprechung.

141. 142. Rosenh. Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Schneider, Hauptstr. 3, öffentliche Versammlung. Thema: Die wirtschaftliche und politische Lage und die Stellung des Parteiparlaments. Ref. Gen. Fontan-Boilingen, W. B. 2.

Arbeitsgemeinschaft der Kindererzieher, 2. Verwaltungsbereich. Dienstag, den 17. April, abends 7 1/2 Uhr, Vortrag über „Berufliche Einteilung“ im Jugendheim, Schönhaferstraße (Waldheim). — Sonnabend, 21. April, 8 1/2 Uhr, Elternabend in der Aula Kropplitzstraße.

„Natürlich, davor bin ich ach. Die Hauptsache: sie sind schön, wer kann alle Namen behalten. So, so das sin... ich doch, das gäbe bloß bei die Kartoffeln, so was.“

„Sie meinen Magnum-bonum?“

„So ähnlich ja. Feine Sorte, blühen auch so schön violett.“

Er empfahl sich. Wie doch so ein Gamsfederhut und Rucksack täuschen kann! Auf den hätte ich geschworen.

Zwei Bauarbeiter bleiben in meiner Nähe stehen. Sie schimpfen über ihren Unternehmer, der ihnen zu wenig Zulage gab. Ganz ernstlich grobe Worte höre ich. Als sonderbares Gegenstück zum Mundwerk schaut aus beiden Taschen das Limburger katholische Lokalblättchen heraus.

Sie haben keinen Blick für die farbige Pracht vor ihnen, sie schimpfen immerzu. Soll ich sie auch fragen? Jasoohl, ich tu's.

„Verzeihung, können Sie usm.“ Beide fahren wie ein aus dem Gleise geworfener D-Bug aus. Sie müssen sich erst zurechtfinden. Endlich begreifen sie:

„Die beiden doch?“

„Ich sehe, wie nur ihre Lippen wackeln. Ist noch die Nachwirkung von eben oder die Verlegenheit?“

„Um sowas bekümmern wir uns nich, mir hamm andere Sorgen.“ gibt mir der Junge zurück.

Damit schwenken sie ab. Ich verstehe die Antwort, es liegt in ihr so etwas wie Trotz.

Die vier Buben spielen immer noch Ball. Im Fenster des Bischofspalastes erscheint der Kopf eines Geistlichen, der gleich wieder verschwindet. Ausgewiesene Eisenbahner vom besetzten Gebiet gehen mit sorgenvollen Gesichtern hier spazieren.

„Der hat Klug, der Bischof“, hör ich. „24 Fenster allein in der Vorderfront und wir wissen nicht, wohin.“

Ich weiß nicht, ob das stimmt. Aber daß diese Menschen, von Haus und Hof, aus der Heimat vertrieben, verbittert sind, wer will es ihnen verdenken?

Sie gehen still vorbei, diese Blütenherrlichkeit erweckt in jedem von ihnen nur die Sehnsucht nach ihrem kleinen Winkel, aus dem sie vertrieben sind.

Einer von ihnen bleibt bei mir stehen. Mit dem Blick auf die Bäume sagt er:

„Wir haben sie auch am Rhein.“ Es war ein Eisenbahner aus Gauh. Mit ihm ging ich dann ins Stämmquartier der Ausgewiesenen.

Die Viertelstunde vor den beiden blühenden Bäumen hat mir doch mancherlei zu denken gegeben. . . .

Bäume in der Landschaft. Der einzelne Baum ist häufig der ruhende Pol in der Landschaft; wie werden uns aber leider häufig sein für die Landschaft geradezu bestimmenden Wirkung aus erst dann bemerkt, wenn wir ihn verloren. Die einzelnen Bäume am Waldrande, die schützend wie eine Mutter ihre weitaustadenden Nester über die junge Fichtenschonung, die sie beschattet gebreitet,

ein Wahrzeichen der Landschaft ist sie uns geworden und ihr Fall bringt uns erschreckend klar die Traurigkeit und Dehe unserer hochgehenden Zeit vor Augen. Es wäre eine des Naturforschers würdige Aufgabe gewesen, sie zu retten, nur es versäumt, sehen wir es klar. Hier tut vorbeugende Aufklärung not und deshalb ist eine kleine Schrift zu begründen, in der Otto Feucht auf diese Bedeutung des Baumes als beherrschendes Zeichen in der Landschaft hinweist. („Bäume in der Landschaft“, Alexander Fischer, Tübingen). In Hand von trefflichen photographischen Naturaufnahmen, die alle aus der engeren Heimat des Verfassers aus Württemberg gewählt sind, macht uns Feucht diese ausschlaggebende Rolle des Baumes für das Landschaftsbild klar und weist gleichermäßen unseren Naturforschern den Weg, den sie zu begeben haben, um diese Naturdenkmäler zu schützen. Wir müssen Feucht dankbar sein für diese Bilder und es wäre nur zu wünschen, daß solche Veröffentlichungen auch in anderen deutschen Landen baldigste Nachahmung finden.

Kirchen als Klubgebäude. Zu dieser Notiz wird uns von einem Orientierten geschrieben: Man kann die Benutzung eines Gotteshauses als Versammlungsort auch in der allerhöchsten Umgebung Berlins beobachten. In Wunsdorf bei Jossen nämlich wird die kleine Holzmoschee, die dort während des Krieges auf märkischen Sande erbaut ist, nicht nur zum Gottesdienst, sondern auch zu Versammlungen benutzt. Die Mohammedaner tun das in voller Selbstverständlichkeit. Das taten sie auch als russische Untertanen unter dem Jorismus. Ramentlich in Turkestan war eine derartige Benutzung der Moschee gang und gäbe. Berichteten doch sogar russische Reisende, die Moscheen werden nur als Versammlungsorte benutzt. Und als die Rote Armee das autonome Turkestan geriet und 800 000 Kirgisen und Sorten verhungerten, wurden in den Moscheen nicht nur antibolschewistische Gebete gesprochen; sondern es wurde in den Gotteshäusern auch eifrig politisiert.

Der Mohammedaner empfindet die Benutzung der Moschee zu Versammlungen nicht als Entweihung. Für ihn ist doch bis in die Gegenwart hinein das Leben Mohammeds maßgebend, und zur Zeit des Propheten wurden sogar Vergnügungen in den Moscheen abgehalten.

Frauen in ungewöhnlichen Berufen. Im Jahrzehnt zwischen den beiden Weltkriegsjahren 1910 und 1920 hat sich die Zahl der Frauen, die sich Berufen zugewendet haben, die Männern vorbehalten zu sein scheinen, in den Vereinigten Staaten durchgehend vermehrt. So ist die Zahl der weiblichen Milchbauern im genannten Zeitraum von 2576 auf 3946, die der Schlachthauszüchterinnen von 1674 auf 2637, die der Gärtnerinnen, Obstbauern in selbständiger Lebensstellung von 7834 auf 9283 gestiegen. Frauen als Kuffstföhrende in Obst- und anderen Gärten und als Aufsichtführende auf Farmen wurden 14 340 gezählt gegen 7776 im Jahre 1910. Es gab ferner 1920: 949 weibliche Chauffeure gegen 33 im Jahre 1910; Architektinnen und Bauzeichnerinnen 289 (43); Leiterinnen und Inspektorinnen in Fabrikationsunternehmen 4950 (1462); Bienenzüchterinnen 134 (125); Eigentümerinnen und Leiterinnen von Holzfabriken 13 (4); Bergwerksbesitzerinnen und -leiterinnen 182 (107); Maschineningenieurinnen 11 (0); Elektroingenieurinnen 12 (6); Brauereiarbeiterinnen 561 (338); Dentistinnen 1829 (1254).

